

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonat 795.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inzerate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 9.

Sonnabend, den 26. Februar 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —
Wahlkreiseinteilung. — Organisation. — Die Steinindustrie in
den Großstädten. — Die sozialistische Komödie. — Bericht des
internationalen Steinarbeitersekretariats. — Krieg dem Kolonial-
Marmor. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. —
Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. —
Briefkasten. — Anzeigen.
Beilage: Wirtschaftliche Rundschau. — Konferenz des
2. Gau (Striegau). — Zum nächsten Verbandstage. —
Literarisches. — Feuilleton: Das neuerstandene San Franzisko.
— Worte Befehls.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist
wesentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende
Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperret sind: In Kassel die Firma Holzmann. —
In Nürnberg das Marmorwerk Freitag. — In
Stiebig bei Baugen das Pflastersteinwerk Zachmann.

Wörseln. Herr Georg Bauer legte uns einen Revers
vor, welcher besagt, daß wir unter Tarif arbeiten
sollen. Die Unterzeichnung des famosen Schriftstückes
wurde abgelehnt. Darauf hat Herr Bauer mehrere
Verbandsmitglieder entlassen. Dagegen sind ihm die
paar Unorganisierten besonders ans Herz gewachsen.

Wildemann. Die Pflasterstein- und Kalkschlägler
der Firma Sieghelm stehen im Streik. Zugang nach
den Betrieben Adlersberg und Einersberg ist streng
fernzuhalten. Sieghelm bietet alles auf, um Arbeits-
willige anzuwerben.

Balduinstein. Die Marmorarbeiter der Firma Krebs
traten wegen der Maßregelung organisierter Kollegen
am 1. Februar in den Streik. Krebs glaubt, mit seiner
Taktik unteren Verband im Vakuum unmöglich machen
zu können.

Eisenhausen. Die Dolomit- und Kalksteinwerke
Holzen sind wegen Lohnreduktion gesperrt. Die Firma
versucht fremde Arbeiter anzuwerben.

Obendorf. Die Sperre über den Pflastersteinbetrieb des
Herrn Bfuhl in Barleben ist aufgehoben. Der Druck-
besitzer hat den Tarif unterschrieben.

Braunschweig. Die Unternehmer versuchen gegenseitig
alles, damit die Mitglieder der Ortsverwaltung bei
seiner Firma eingestellt werden.

Schlesischer Sandsteinindustrie. Die Steinmehlen und
Brecher haben den Tarif gekündigt. Die Unter-
nehmer sandten nun an die Bunzlauer Kollegen ein
Schreiben, worin betont wird, daß die Steinarbeiter
die Tarifkündigung zurücknehmen sollen, weil die
schlesische Sandsteinindustrie eine Lohnhöhung nicht
mehr vertragen könne. — Arbeiterentlassungen sind
bereits vorgenommen worden. Zugang ist strengstens
fernzuhalten.

Heppenheim. Nach zweitägiger Verhandlung kam mit
dem Eigentümer G. A. Bruchner ein Tarifabschluß
zustande.

Allagen (Westfalen). Die Firma Dassel nahm be-
deutende Lohnreduktionen vor. Die ganze Kampfes-
weise richtet sich gegen die Mitglieder unseres Ver-
bandes.

Wahlkreis-Einteilung.

Um die Wahlen zum Eisenacher Verbandstage
vornehmen zu können, ist folgende Wahlkreiseinteilung vorge-
nommen worden:

1. Wahlkreis: Berlin. 2 Delegierte.
2. Wahlkreis: Brandenburg, Bützow, Danzig, Frankfurt,
Riel, Königsberg, Lübeck, Posen, Stettin, Ostpreußen, sowie
die Einzeljahler von Ost- und Westpreußen, Pommern,
Brandenburg, Holfstein und beide Mecklenburg. 1 Delegierter.
3. Wahlkreis: Alt-Barthau I und II, Bunzlau, Deilmannsdorf,
Hodenau, Plogm.-Löwenberg und Penig-Radwiß. 1 Dele-
gierter.
4. Wahlkreis: Striegau. 2 Delegierte.
5. Wahlkreis: Ströbel. 1 Delegierter.
6. Wahlkreis: Häslich. 1 Delegierter.
7. Wahlkreis: Beuthen, Breslau, Mittelsteine, Raasdorf,
Oberpörlau, Nückers, Münselburg. 1 Delegierter.
8. Wahlkreis: Herischdorf, Jannowitz, Strahlen. 1 Dele-
gierter.
9. Wahlkreis: Görlitz-Lauban, Löbau, Königshain. 1 Dele-
gierter.
10. Wahlkreis: Baugen, Demitz. 1 Delegierter.
11. Wahlkreis: Bischofswerda, Cunewalde, Ebersbach, Forka,
Ramen, Königsbrunn, Meißner H., Niesitz, Sebnitz. 1 Delegierter.
12. Wahlkreis: Dresden, Pirna und Umgegend. 3 Dele-
gierter.
13. Wahlkreis: Aue, Ströberg, Mittweida, Treuen. 1 Dele-
gierter.
14. Wahlkreis: Chemnitz, Greiz, Hohenleuben, Plauen,
Meißen I, Oberlungwitz, Penig, Wechselburg, Zwickau. 1 Dele-
gierter.
15. Wahlkreis: Beucha, Leipzig. 1 Delegierter.
16. Wahlkreis: Alstedten, Gera, Halle, Wörseln, Falkenhain,
Gräma, Ködnitz, Wurzen, Raumburg, Rebra. 1 Delegierter.

17. Wahlkreis: Cravinkel, Ehringsdorf, Eisenach, Erfurt,
Gotha, Jena, Langensalza, Mühlhausen, Oberdorf, Schmal-
kalben. 1 Delegierter.
18. Wahlkreis: Hamburg I und II, Lüneburg, Bremen,
Oldenburg, Wulsdorf. 1 Delegierter.
19. Wahlkreis: Braunschweig, Bielefeld, Hannover I und II,
Herford, Hildesheim, Langelsheim, Lutter, Osnabrück, Osterholz,
Osterwald, Springe, Ulfen. 1 Delegierter.
20. Wahlkreis: Blankenburg, Halberstadt, Hasserode, Dar-
lingrode, Emdorf, Königslutter, Verba, Magdeburg, Wilde-
mann. 1 Delegierter.
21. Wahlkreis: Bremke, Einbeck, Eiterhagen, Ekershausen,
Göttingen, Hardegen, Hohenberg, Hoof, Kassel, Kelbra, Regen-
born, Reiffenhausen, Wellerode, Wolfshagen. 1 Delegierter.
22. Wahlkreis: Gommern. 1 Delegierter. (Voraussetzung
ist, daß ab 1. März der Uebertritt zu unserem Verbands-
sitzigheit.)
23. Wahlkreis: Alagen, Bochum, Dortmund, Gelsenkirchen,
Essen, Hagen, Herbede, Kuppelberg, Mülheim, Münster, Röhren,
Sprochhövel, Witten. 1 Delegierter.
24. Wahlkreis: Bede, Bickenbach, Brüd, Düsseldorf, Duis-
burg, Elberfeld, Köln I und II, Krefeld, Mültenbach. 1 Dele-
gierter.
25. Wahlkreis: Balduinstein, Bonn, Frankfurt a. M., Ko-
blenz, Niedermendig, Offenbach, Trier, Weifell, Wehlar, West-
hoven, Wirges, Zinnhain, Ober-Mörlen. 1 Delegierter.
26. Wahlkreis: Altenglan, Alfens, Altleiningen, Baum-
holder, Dürheim, Kreuznach, Kaiserlautern, Mainz, Mes, Neu-
kirchen, Oberstein, St. Johann, Wiesbaden. 1 Delegierter.
27. Wahlkreis: Doffenheim, Eberbach, Emsbach, Heppen-
heim, Heidelberg, Ludwigshafen, Mannheim, Neustadt, Pir-
masens, Speier, Zweibrücken. 1 Delegierter.
28. Wahlkreis: Bensheim, Höchst i. O., Kirchhausen,
Reichenbach, Reinheim, Rimbach, Zwingenberg. 1 Delegierter.
29. Wahlkreis: Straßburg, Erstein, Gebweiler, Kolmar,
Radweiler, Mühlhausen i. G., Wolfersberg. 1 Delegierter.
30. Wahlkreis: Grailsheim, Gaggenau, Gall, Heilbronn,
Göppingen, Karlsruhe, Bahr, Neunkirch, Offenburg, Pforzheim,
Stuttgart, Ulm. 1 Delegierter.
31. Wahlkreis: Dordingen, Eppingen, Knittlingen, Rürnbach,
Maulbronn, Leonbrunn, Sternfels, Sulzfeld. 1 Delegierter.
32. Wahlkreis: Emmendingen, Freiburg, Kappelrodt, Kon-
stanz, Ritschenbach, Radolfzell, Seebach, Steinen. 1 Delegierter.
33. Wahlkreis: Auggsbach, Bruchmühl, Kiefersfelden, Mün-
chen, Rindshausen. 1 Delegierter.
34. Wahlkreis: Auen, Auenberg, Eberstein, Gauen-
berg, Kalleneck, Metten, Neuhaus, Tittling. 1 Delegierter.
35. Wahlkreis: Alang, Alauberg, Alloh, Flohenbürg, Kel-
heim, Neuforg, Regensburg, Rofsbach. 1 Delegierter.
36. Wahlkreis: Gefrees, Kaiserhammer, Kirchenlamitz,
Marktleuthen, Mühlberg, Niedertamitz, Sparneck, Zell. 1 Dele-
gierter.
37. Wahlkreis: Bayreuth, Berned, Seuffen, Tröstau,
Weihenstadt, Wunsiedel. 1 Delegierter.
38. Wahlkreis: Hof, Pilgramsreuth, Selb, Schwarzenbach.
1 Delegierter.
39. Wahlkreis: Amerdingen, Langenlaim, Nördlingen,
Nürnberg, Pappenheim, Roth a. E., Schopfloch. 1 Delegierter.
40. Wahlkreis: Kofenhurg, Marktstrett, Eibelsstadt, Fricke-
hausen, Gohmannsdorf, Heibingsfeld, Ochsenfurt, Randersbader,
Rottenbauer. 1 Delegierter.
41. Wahlkreis: Bamberg, Gartshausen, Götzenheim, Jp-
hofen, Kronach, Krißberg, Langensfeld, Münnersstadt, Würzburg,
Ziegelanger. 1 Delegierter.
42. Wahlkreis: Bürgstadt, Dorfprozelten, Faulbach, Feden-
bach, Grünfeld, Harzheim, Kirchheim, Kleinrinderfeld, Milten-
berg, Reiffenhausen, Stadtprozelten, Waldsire, Würth. 1 Dele-
gierter.

Bei der Einteilung sind die Gausgrenzen, sowie die Zusam-
mengehörigkeit der Orte, hinsichtlich der Branchen, nach Mög-
lichkeit berücksichtigt worden.

Vorschläge der Kandidaten zum Verbandstag.

Die Aufstellung der Kandidaten hat bis zum 27. März zu
geschehen. Die Namen der Kandidaten, sowie des Wahlkreises,
für welchen sie in Vorschlag gebracht werden, sind bis zum
28. März an den Zentralvorstand einzulisten, damit sie in der
Nummer 14 vom 2. April veröffentlicht werden können.

Als gültige Stimmen werden bei der Delegiertenwahl nur
diesigen betrachten, welche auf die veröffentlichten Kandidaten
abgegeben werden.

In jedem Wahlkreis muß mindestens ein Kandidat mehr
aufgestellt werden, damit im Behinderungsfalle ein Ersatzmann
vorhanden ist.

In denjenigen Wahlkreisen, wo eine Anzahl Wahlstellen zu
einem Wahlkreis zusammengelegt sind, ist es rathsam, daß sich
die Orte über die Aufstellung von Kandidaten verständigen,
damit eine zu große Zersplitterung der Stimmen vermieden
wird.

Das Wahlreglement wird in Nr. 14 mit veröffentlicht.

Anträge zum Verbandstag.

Anträge zum Verbandstag müssen laut Statut § 6 c Abs. 2
bis zum 26. März an den Zentralvorstand eingeleitet werden,
wenn sie in Nr. 15 des „Steinarbeiter“ bei der Veröffentlichung
berücksichtigt werden sollen. Der Zentralvorstand.

Organisation.

Was ist aus dem Arbeiter geworden? Er ist in dem
modernen Produktionsprozeß nichts anderes mehr, als das
Werkzeug, womit der Unternehmer Profit erzeugt. Er
verkauft oder verschenkt dem Kapitalisten seine Arbeits-
kraft, sein einziges Gut. Je geringer der Lohn ist, je
länger der Arbeiter am Werke steht, je intensiver er seine
Arbeitskraft verausgibt, um so „tüchtiger“ ist er für den
Unternehmer. Ob der Lohn des Arbeiters ausreicht, ihn
und seine Familie vor Hunger zu schützen, ob durch über-
lange Arbeitszeit und übergroße Anstrengung seine Ge-

sundheit untergraben, seine Kraft in der Blüte der Jahre
gebrochen wird, das geht den Unternehmer nichts an.
Denn er hat keine Beziehungen zum Arbeiter als geschäft-
liche. Der Arbeiter ist für ihn nicht ein Mensch, der fühlt
und denkt und Bedürfnisse hat wie er selbst; er kennt oft-
mals die Sklaven gar nicht, die seinen Reichtum ver-
mehren, weiß als Aktienbesitzer vielleicht nicht einmal,
wo die Betriebe liegen, aus deren Reingewinn seine
Dividenden fließen.

In den Büchern des Kapitalisten steht der Lohn des
Arbeiters neben den übrigen Kosten des Unternehmens,
als Geschäftskosten, die herabgedrückt werden müssen,
um einen möglichst großen Gewinn zu erzielen. Nur dar-
auf ist das Interesse des Unternehmers gerichtet. Wer-
tung und Behandlung des Arbeiters richten sich nur nach
dem Profit, der aus ihm erzielt wird.

Nicht in den staatlichen Arbeiterbüchsen, nicht in
den Staatsverfassungen, sondern in den Geschäftsbüchern
der Kapitalisten sind heute noch die Grundgesetze ge-
schrieben, nach denen sich das Leben der Arbeiterschaft
hauptsächlich regelt. Die Geschäftsbücher erzählen nichts
von Gesundheit und Kraft des Arbeiters, von seinem
Familienglück, nichts von der Schädlichkeit allzu langer,
harter Arbeit. Aber sie lehren, daß wenig Lohn und
lange Arbeit viel Profit bringen, daß Schutzgesetze und
gesunde Arbeitsräume „unnötige“ Auslagen verursachen.

Weltlauf nennen es die Kapitalisten, wenn der Ar-
beiter, der lebendige, fühlende Mensch, wie eine tote Sache
gehandelt und behandelt wird. Der Arbeiter plagt sich
um einen kleinen Lohn zehn und mehr Stunden in der
staubigen Werkstatt. Ist er alt und abgenützt, so wirft
man ihn, das unbrauchbar gewordene Werkzeug, auf die
Gasse, wie eine ausgepreßte Zitrone auf den Rehricht.
Wenn ihn in jungen Jahren ein Unfall zum Krüppel
machte, dann mag er sich von wohlthätigen Menschen
milde Gaben erbetteln oder sich von herzlosen Armen-
pflegern herumstoßen lassen. Vereintigt er sich mit seinen
Leidensgenossen und wird er vom „Herrn“ entlassen, so
muß er befürchten, zum arbeitslosen „Gefindel“ gezählt
zu werden, dem die Polizei ihre Aufmerksamkeit zu-
wendet. Und doch sind die Proletarier Menschen, genau
so Menschen wie jene, die von ihnen erhalten werden.

Ist es nicht traurig, daß sie nur Ziffern darstellen in
dem Rechnungsbuche des Geschäftsmanns? Hinter dem
Unternehmer steht ein mächtiger Helfer, der mit seinen
furchtbaren Eisenarmen die Widerstrebenden nieder-
zwängt. Es ist die Maschine, die arbeitssparende Maschine.
Sie sollte und könnte als der größte Wohltäter der Mensch-
heit wirken. In den Händen ihrer kapitalistischen Be-
sitzer aber wird sie zum überlegenen Konkurrenten, zu
einer furchtbaren Geißel der Lohnsklaven. Sie hat
Hunderttausenden selbständig Erwerbenden ihr kleines
Werkzeug aus der Hand geschlagen und aus ihnen und den
„freien“ Arbeitern die industrielle Reservearmee ge-
schaffen, auf die der Unternehmer zurückgreifen kann, wenn
es gilt, die günstige Konjunktur auszunützen oder unzu-
friedene Arbeiter zu ersetzen.

Einen weiteren Helfer hat der Unternehmer im Staate,
wie jeder Streik uns lehrt. Der Staat gibt sich immer
deutlicher als Vertreter und Beschützer der bestehenden
Klassen zu erkennen. Die Rechtsphilosophen und Staats-
rechtslehrer haben den Glauben zu erwecken gesucht, daß
der Staat ein selbständiges, von den Kämpfen der Par-
teien, vom Ringen der sozialen Klassen unabhängiges
Gebilde sei, das ganz unparteiisch seine Wohlthaten ver-
teile. Wer aber tiefer forscht, schärfer sieht und mit kri-
tischem Ohre hört, der merkt recht wohl, daß der Staat
niemals das ist und war, was ihm von bürgerlicher Seite
angedichtet wird, daß er nichts anderes ist und nichts anderes
zu sein vermag, als der große Interessenwart der herr-
schenden Klassen, ein Mittel zur Abwehr der Forderungen
der unterdrückten und ausgebeuteten Bewohner und
Bürger. So kommt es, daß der Arbeiter, der um sein
Recht kämpft und durch ein paar Steinwürfe vielleicht
das „Eigentum“ seines Ausbeuters beschädigt, mit Gef-
ängnis bestraft wird, der Unternehmer aber, der sich
durch ungesetzliche Verlängerung der Arbeitszeit an der
Gesundheit der Arbeiter vergeht, eine Ermunterungs-
prämie in Form einer geringen Geldbuße erhält, nachdem
er durch seine Gesetzesverletzung gleich das Hundertfache
profitierte.

Das alles ist die erwachende Arbeiterschaft im Begriffe
zu ändern. Es wurde ertragen, solange die Arbeiter den
Wert einer starken Organisation noch nicht erkannt hatten.
Jetzt wissen sie: Organisation bedeutet Leben, Licht und
Freiheit, Abschüttelung des Jochs der kapitalistischen
Ausbeutung.

Die Steinindustrie in den Großstädten.

Die Ergebnisse der letzten Gewerbe- und Berufszählung
bieten für uns Steinarbeiter sehr viel des Interessanten.
Es ist allerdings schade, daß das Zahlenmaterial nur
lückenweise erscheint; eine Erklärung hierfür ist darin zu
suchen, daß es eine enorme Arbeitsleistung sein muß, um
das Armatenial dementsprechend zu sichten und ein-
zureihen. Das letzte Tabellenmaterial, das herauskam,
behandelt die Gewerbe- und Berufszählung in den 42
deutschen Großstädten. Auf die gesamte Stein-
industrie entfallen 100 930 Beschäftigte (einschließlich

der Betriebsleiter, Werkführer und Poliere). In den 42 Großstädten sind in unserm Berufe 14690 Personen beschäftigt, das sind 9 Prozent der gesamten Steinarbeiter. Wir führen in der Tabelle die einzelnen Großstädte und die Gliederung der Betriebe nach ihrer Größe besonders auf, weil es für die Agitatoren unter allen Umständen notwendig ist, daß sie die ganze Struktur des Gewerbes an einem Orte bis ins Detail kennen lernen. Und da sehen wir zu unserm Er-

staunen, daß in den sämtlichen Großstädten die Zahl der Steinmehren und Steinhauer bloß 5984 beträgt. Selbstredend sind davon nicht alle organisationsfähig; aber wir nahmen immerhin an, daß in den Großstädten eine größere Zahl „gelernter“ Steinarbeiter stehen würde. Wir lassen nun die Tabelle der Reichsstatistik folgen und verweisen dabei hauptsächlich auf die Rubriken 12 und 16. Es ist daraus die Zahl der Beschäftigten und der davon Organisierten ersichtlich.

In den deutschen Großstädten kommen in der Steinindustrie 14690 Personen in Betracht. Davon sind erst 3711 im Steinarbeiterverband organisiert, gleich 25 Proz. Wir betonen ausdrücklich, daß diese 14690 Personen nicht alle organisationsfähig sind, aber ein Teil davon kommt für uns doch in Frage. In der ganzen deutschen Steinindustrie sind bekanntlich 160930 Personen tätig, näheres siehe im Artikel der Nr. 45, Jahrg. 1909. Auf die Großstädte entfallen 14690 Personen = 9 Prozent der in der Steinindustrie tätigen Personen. Unsere Zukunft bezüglich der erfolgreichen Werbearbeit kann somit nur in den Bruchgebieten liegen.

Vergleichsweise möchten wir noch eine andre Rechnung aufmachen. Unser Verband zählte am Schlusse des 3. Quartals 1909 17717 Mitglieder, davon entfallen auf die Großstädte 3711 oder 20 Prozent. Dieses Bild wird sich in Zukunft noch mehr verschärfen, denn wir haben die Überzeugung, daß mit dem Augenblicke, wo für die Hilfsarbeiter eine dementsprechende Beitragsklasse eingeführt wird, unser Verband hauptsächlich in den Steinbruchgebieten Tausende von Mitgliedern gewinnen wird.

Die sozialpolitische Komödie.

Der „Entwurf eines Arbeitsstammengesetzes“, den die verbündeten Regierungen soeben dem Reichstag zugestellt haben, ist nur eine Bearbeitung des Entwurfs vom Jahre 1908. Dieser Entwurf ist im Plenum des Reichstags in erster Lesung eingehend besprochen und dann von der Kommission des Reichstags gründlich durchberaten worden. Der Bericht der Kommission ist bereits Mitte Mai vorigen Jahres erschienen. Trotzdem hat die zweite und dritte Lesung des Entwurfs im Plenum des Reichstags bis zum Schlusse der Session Mitte Juli nicht mehr stattgefunden. In der Begründung des neuen Entwurfs wird behauptet, daß die weitere Beratung „wegen des Schlusses der Session“ nicht stattgefunden habe. Das ist unrichtig. Bis zum Schlusse der Session war noch Zeit genug, das geplante Gesetz fertig zu machen. Das geschah nicht, weil in einem entscheidenden Punkte eine Verständigung zwischen den Regierungen und der großen Mehrheit des Reichstags nicht erzielt werden konnte.

Es handelte sich um den § 13 der Vorlage. Dieser Paragraph zählt die Personen auf, die als Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter in die Arbeitskammern gewählt werden können. Die verbündeten Regierungen wollten als solche Vertreter nur Unternehmer und Arbeiter der Gewerkschaften zulassen, für die die Arbeitskammern errichtet sind. Dazu hatten die Sozialdemokraten beantragt, daß wählbar als Vertreter in die Arbeitskammern auch die Beamten und Vorstandsmitglieder der beruflichen Unternehmer- und Arbeiterorganisationen sein sollen. Den Sozialdemokraten schlossen sich mit ähnlichen Anträgen das Zentrum und die Christlichsozialen an. Die Antragsteller führten zur Begründung ihrer Anträge aus: Sie wollten mit ihren Anträgen den Arbeitskammern die Möglichkeit geben, eine ernsthafte Tätigkeit zu entfalten. Die im Berufe tätigen Arbeiter und Handwerker seien nicht immer in der Lage, sich in das weit ausgebreitete Gebiet der sozialen Gesetzgebung einzuarbeiten, und haben auch nicht die erforderliche Unabhängigkeit. Letzteres gelte ganz besonders für die Arbeiter. Wenn ein solcher die Interessen seiner Mitarbeitern mit der notwendigen Entschiedenheit in der Arbeitskammer vertritt, kann ihn sein Arbeitgeber aus der Arbeit entlassen. Findet dann der Arbeiter keine Arbeitsstelle in einem Betriebe dieser Art und innerhalb dieses Bezirks, dann scheidet er aus der Arbeitskammer aus, und der Arbeitgeber sind den ihnen so unbehaglichen Arbeitervertreter los. Deshalb müssen die Vertreter der Gewerkschaften wählbar sein.

Hiergegen sprachen sich die Konservativen und Nationalliberalen ganz entschieden aus. Die Gewerkschaftsbeamten, so behaupteten die Herren, würden den eigentlichen Zweck der Arbeitskammern vereiteln. Sie würden nicht helfen, die Gegensätze zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern zu überbrücken, sondern sie würden im Gegenteil die Arbeiter gegen die Arbeitgeber immer mehr aufheizen. Dem stimmten auch die — Regierungsvertreter zu. Ja, sie erklärten, daß die Regierungen nicht mitmachen, wenn die Mehrheit des Reichstags den Vertretern der Gewerkschaften das passive Wahlrecht geben werde. Die bürgerlichen Parteien konnten aber beim besten Willen nicht gegen die Anträge stimmen, für die sich nicht nur die freien Gewerkschaften, sondern auch die Christlichen und Hirsch-Dunderbergschen entschieden erklärt haben. Demgemäß wurden schließlich mit großer Mehrheit folgende Zusätze zu § 13 des Entwurfs angenommen:

Wählbar sind auch: solche Personen, die wenigstens drei Jahre hindurch den Gewerkschaften, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, als Arbeitgeber oder Arbeitnehmer angehört haben und seit mindestens einem Jahre im Bezirk der zuständigen Arbeitskammer wohnen (hierzu werden auch die Vertreter der Gewerkschaften gehören); ferner als Arbeitgeber auch solche Personen, die mindestens ein Jahr als Vorsitzende oder Beamte beruflicher Organisationen der Arbeitgeber derjenigen Gewerkschaften tätig sind, für welche die Arbeitskammern errichtet sind, und im Bezirk der zuständigen Arbeitskammer wohnen.

Die Zahl dieser Personen darf in jeder Arbeitskammer nicht mehr als je ein Viertel der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer übersteigen. Die Regierungsvertreter gaben sich schon im vorigen Jahre die größte Mühe, das Zentrum zu veranlassen, diese Zusätze noch nachträglich aus dem Entwurf wieder zu entfernen. Das Zentrum ließ sich aber darauf nicht ein. Die Regierungen haben jetzt in ihren neuen Entwurf jene Zusätze nicht hinübergenommen. Zur Begründung ihrer ablehnenden Stellung verweisen sie auf die Erklärung ihrer Vertreter in der Reichstagskommission. Danach sehen sie voraus, daß das Zentrum in diesem Jahre umfallen wird. Jedoch fragt es sich denn doch noch sehr, ob das Zentrum wirklich gegen die Bestimmung stimmen wird, die es selbst ausdrücklich als die unerlässliche Voraussetzung für eine ernsthafte Tätigkeit der Arbeitskammer erklärt hat. Hiernach verhält es sich mit dem neuen Entwurf so, daß entweder das Zentrum fest bleibt, und dann kommt angeblich das neue Gesetz überhaupt nicht zustande, oder daß das Zentrum umfällt, und dann ist den Arbeitskammern nach dem eignen Zugeständnis des Zentrums die Möglichkeit genommen, eine ernsthafte Tätigkeit zu entfalten.

Name der Stadt	Gewerbebetriebe überhaupt		Zahl der Hauptbetriebe in der Größenklasse der Betriebe mit Personen									Personen der Betriebe innerhalb der Betriebsstätten (einschließlich Betriebsleiter) am 12. Juni 1907				Im Steinarbeiterverband waren am 1. Januar 1910 organisiert	
	Hauptbetriebe	Nebenbetriebe	Alleinbetriebe	davon								überhaupt	davon				
				bis 3	4 und 5	6 bis 10	11 bis 50	51 bis 200	201 bis 1000	mehr als 1000	weltlich		berufliche Arbeiter	unter 16 Jahren			
1. Königsberg	18	17	1	5	5	2	3	2	—	—	—	—	88	4	—	—	36
2. Danzig	10	10	—	1	3	2	2	—	—	—	—	—	64	5	—	—	16
3. Berlin	131	129	2	24	31	19	23	27	5	—	—	—	1411	78	5	39	732
4. Charlottenburg	20	19	1	3	3	2	1	5	—	—	—	—	131	3	—	—	15
5. Rixdorf	15	15	—	4	4	4	1	2	—	—	—	—	69	2	—	2	—
6. Schöneberg	30	28	2	13	5	3	3	4	—	—	—	—	156	29	1	14	—
7. Steffin	22	21	1	6	3	3	5	4	—	—	—	—	159	6	—	—	23
8. Posen	15	14	1	3	4	1	2	4	—	—	—	—	98	7	—	5	16
9. Breslau	30	29	1	—	7	3	7	12	—	—	—	—	401	37	14	20	66
10. Magdeburg	19	18	1	—	5	2	5	5	1	—	—	—	249	4	—	10	25
11. Halle a. S.	19	18	1	1	6	5	3	2	1	—	—	—	158	—	—	3	18
12. Erfurt	9	9	—	—	4	—	1	4	—	—	—	—	88	1	—	—	42
13. Altona	17	17	—	1	3	4	5	4	—	—	—	—	126	2	—	1	—
14. Kiel	13	13	—	1	3	2	3	4	—	—	—	—	153	3	—	2	63
15. Hannover	38	38	—	2	9	5	10	8	1	3	—	—	1708	5	—	6	87
16. Dortmund	21	21	—	4	6	2	3	3	3	—	—	—	450	37	2	11	43
17. Gelsenkirchen	9	9	—	3	1	2	2	1	—	—	—	—	55	1	—	8	19
18. Frankfurt a. M.	59	59	—	14	16	1	11	10	1	—	—	—	500	60	3	1	130
19. Bochum	9	8	1	2	2	—	1	3	—	—	—	—	91	—	—	2	16
20. Kassel	33	33	—	2	9	6	5	7	3	1	—	—	939	4	—	55	23
21. Wiesbaden	24	24	—	7	6	3	1	7	—	—	—	—	154	2	—	4	53
22. Köln	100	97	3	30	20	11	15	21	—	—	—	—	663	5	1	12	109
23. Düsseldorf	41	40	1	8	15	2	7	6	2	—	—	—	470	20	—	19	63
24. Essen	15	15	—	—	5	—	3	4	2	1	—	—	645	2	—	32	54
25. Duisburg	13	13	—	—	5	1	6	1	—	—	—	—	82	2	—	2	14
26. Elberfeld	18	18	—	3	1	6	7	1	—	—	—	—	102	6	—	2	22
27. Barmen	4	4	—	—	1	1	1	1	—	—	—	—	27	—	—	—	—
28. Aachen	14	14	—	1	2	3	5	3	—	—	—	—	130	1	—	9	—
29. Arefeld	15	15	—	1	6	4	3	1	—	—	—	—	74	2	—	3	10
30. München	107	107	—	22	40	17	12	15	1	—	—	—	683	32	3	24	218
31. Nürnberg	44	44	—	8	7	4	13	10	2	—	—	—	561	30	25	26	242
32. Dresden	92	91	1	22	21	18	16	12	2	—	—	—	710	9	1	8	439
33. Leipzig	62	61	1	7	20	6	9	19	—	—	—	—	531	4	—	12	210
34. Chemnitz	42	41	1	2	5	7	12	15	—	—	—	—	499	1	—	9	118
35. Plauen	20	20	—	1	6	3	5	5	—	—	—	—	145	—	—	4	22
36. Stuttgart	41	40	1	6	14	3	9	8	—	—	—	—	299	7	—	12	42
37. Mannheim	28	28	—	6	8	7	3	4	—	—	—	—	159	2	—	2	91
38. Karlsruhe	24	24	—	6	7	—	6	4	1	—	—	—	310	13	3	7	32
39. Braunschweig	16	16	—	2	6	2	3	3	—	—	—	—	124	—	—	4	43
40. Hamburg	56	56	—	5	19	11	12	5	4	—	—	—	557	5	—	11	260
41. Bremen	16	16	—	1	6	—	3	5	1	—	—	—	214	2	—	3	94
42. Straßburg	30	29	1	4	8	7	4	4	2	—	—	—	462	28	5	20	203

Organisiert sind in obigen Großstädten 3711 Kollegen. Die Mitglieder sind der Zahlstelle Berlin zugezählt. — Ebenfalls. — Bei der Mitgliederziffer über Hamburg berücksichtigt. — Die Mitglieder gehören der Zahlstelle Elberfeld an. — In Aachen besitzt der Steinarbeiterverband keine Zahlstelle.

Auffallend hoch erscheint es, daß in Hannover 1708 Personen in der Steinindustrie tätig sind. Im Vergleich der Stadt müssen sich also etliche Steinbrüche befinden und zwar muß es sich um Großbetriebe handeln, wie aus den Rubriken 8, 9 und 10 ohne weiteres ersichtlich ist. Weil uns aber die hohe Ziffer besonders auffällt, so möchten wir doch über diese Stadt die detaillierten Angaben aus der Reichsstatistik wiedergeben. Es sind Personen beschäftigt:

In Steinbrüchen (ausgenommen Kalkbrüche) 1457
Als Steinmehren 116
Bei der Anfertigung feiner Steinwaren 97
In den Grabsteinwerkstätten 38

(Die uns die Gauleitung aus Hannover soeben mitteilt, kann für die genannte Stadt die Statistik nicht stimmen. In Hannover haben allerdings etliche Steinindustrielle ihren Sitz, und diese haben wahrscheinlich bei der statistischen Erhebung die Zahl ihrer beschäftigten Arbeiter in den Steinbrüchen mit angegeben. — Auch für Kassel dürfte der Behörde derselbe Fehler unterlaufen sein. Die Angaben für die anderen Städte dagegen entsprechen nach unserer Meinung der Wirklichkeit.)

Auf Kasseler Flur sind in den Steinbrüchen ebenfalls 796 Personen beschäftigt. In Düsseldorf kommen in der Marmorindustrie allein 294 Personen in Betracht. Als Kuriosum mag gelten, daß in Nürnberg 157 Personen bei der Verarbeitung von Speckstein tätig sind. In den Chemnitzer Steinbrüchen sind ebenfalls 121 Personen beschäftigt, organisiert davon ist nur ein kleiner Teil. In Karlsruhe kommen bei der Herstellung feiner Steinwaren, Grabmonumenten usw. 189 Personen in Frage, davon ist nur ein Minimum organisiert. — Wir haben diese paar Städte herausgegriffen, weil die Zahl der Beschäftigten in keinem Verhältnis zu den Organisierten steht.

Der Großbetrieb in der Sandsteinindustrie ist merklich zurückgegangen. Diese Behauptung können wir allerdings nicht ziffernmäßig belegen, weil darüber in früheren Jahren nicht in so spezialisierter Weise die Erhebungen gepflogen wurden. Aber die Steinmehren in Berlin, Hamburg, Dresden, Leipzig und München werden unsere Behauptung sicherlich bestätigen können. — Es werden nach dem Stande des Jahres 1907 nur elf Betriebe registriert, in welchen 51 bis 200 Arbeiter beschäftigt sind. (Siehe untenstehende Tabelle Rubrik 9.) Die Reichsstatistik lehrt uns recht drastisch, wie stark es mit der Sandsteinindustrie abwärts geht. Sicherlich zählten wir im Jahre 1898 in den sächsischen Großstädten Dresden, Chemnitz und Leipzig noch mehr Großbetriebe, als wie diese in der Statistik nunmehr auf die gesamten Großstädte zum Ausdruck kommen. Dieses Daniederliegen unseres Gewerbes in den Großstädten hat auch zur Folge, daß die Löhne nicht merklich gesteigert werden. Wo solche Lohnerhöhungen eintreten, sind sie meist ungenügend. Auf den Stundenlohn werden etliche Pfennige draufgeschlagen, die Akkordsätze erfahren in den meisten Fällen keine Veränderung.

Auffällig ist, daß wir in der Grabsteinfabrikation bloß 25 „Alleinbetriebe“ zählen. Es ist daraus zu schließen, daß die wirtschaftliche Lage der Grabsteinmehreister keine schlechte sein kann; im Durchschnitt treffen auf einen Betrieb = 5,6 Prozent Arbeiter. In dieser Branche kommen sogar einige größere Betriebe in Betracht, denn die Statistik sagt uns, daß 29 Unternehmungen gezählt wurden, die 11 bis 50 Personen beschäftigen.

Die Zahl der Beschäftigten in den Spezialgruppen ist aus nachstehender Tabelle ohne weiteres ersichtlich:

Gewerbegruppen	Gewerbebetriebe überhaupt		Zahl der Hauptbetriebe in der Größenklasse der Betriebe mit Personen									Personen der Betriebe innerhalb der Betriebsstätten (einschließlich Betriebsleiter) am 12. Juni 1907			
	Hauptbetriebe	Nebenbetriebe	Alleinbetriebe	davon								überhaupt	davon		
				bis 3	4 und 5	6 bis 10	11 bis 50	51 bis 200	201 bis 1000	mehr als 1000	weltlich		berufliche Arbeiter	unter 16 Jahren	
Marmorbrüche, Marmorfägerei u. -schleiferei	99	97	2	7	25	15	23	23	4	—	—	1180	61	12	20
Schieferbrüche, Verf. großer Schieferwaren	5	5	—	1	3	—	—	1	—	—	—	26	2	—	—
Anderer Steinbrüche (ausgenomm. Kalkbrüche)	77	76	1	1	10	7	20	26	8	4	—	3272	9	1	125
Steinmehren, Steinhauer und Verf. von großen Steinwaren	654	641	13	147	158	74	118	132	11	1	—	5984	103	13	160
Begehrenmacher	1	1	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
Specksteinwarenfabrikation	4	4	—	—	—	—	1	2	1	—	—	181	73	24	7
Verfertigung von feinen Steinwaren	279	275	4	50	83	36	46	53	7	—	—	2639	211	13	106
Grabsteinfabrikation	230	229	1	25	76	58	40	29	1	—	—	1355	31	—	31
Edel- u. Halbedelsteinschleiferei u. -schneiderei	9	9	—	4	2	—	2	1	—	—	—	45	18	—	14
Verfertigung von Spielwaren aus Stein	1	1	—	—	—	—	1	—	—	—	—	7	3	—	1
Summa	1359	1338	21	236	357	190	251	267	32	5	—	14690	511	64	464

Zuletzt hatte die Reichstagskommission das Recht, die Vertreter für die Arbeitskammern zu wählen, den Arbeitgebern und Arbeitern zugesprochen, die das 21. Lebensjahr vollendet hatten, während in dem Reglemententwurf die Vollendung des 25. Lebensjahres gefordert war. Ebenso hatte die Kommission das Alter für die Erlangung des Rechts, als Vertreter gewählt zu werden, von 30 auf 25 Jahre herabgesetzt. Diese Verbesserungen haben die Regierungen wieder gestrichen.

Eine Neuerung in dem zweiten Entwurf besteht darin, daß vorgeschrieben wird: die Sitzungen der Arbeitskammern und der Abteilungen sind nicht öffentlich. Nach dem ersten Entwurf sollten die Sitzungen in der Regel öffentlich sein. Ausgenommen von der öffentlichen Verhandlung sollten nur die Gegenstände sein, die von dem Vorsitzenden als zur öffentlichen Beratung nicht geeignet befunden oder die bei Erteilung von Aufträgen von den Behörden als für die Öffentlichkeit nicht geeignet bezeichnet werden. Diese Bestimmungen genügen wiederum den Konservativen und Nationalliberalen nicht. Sie beantragten den Ausschluß der Öffentlichkeit, damit keine „agitatorischen Sekreden“ in den Arbeitskammern gehalten werden. Das lehnte aber die Mehrheit der Kommission ab, da die Erfahrungen, die man mit den öffentlichen Sitzungen in den Stadtparlamenten gemacht haben, sehr gut seien. Die Regierungen dagegen haben sich beilei, „den in den Kommissionsberatungen geäußerten Bedenken gegen die Öffentlichkeit der Verhandlungen in den Arbeitskammern beizutreten“. Dafür soll über jede Beratung der Arbeitskammern ein Protokoll gemacht werden. Das Protokoll oder ein Auszug daraus kann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde veröffentlicht werden. Auf diese Weise können die Behörden jede „gefährliche“ Äußerung unterdrücken.

Die übrigen Änderungen haben geringere Bedeutung. Sie ändern nichts daran, daß nach dem neuen Entwurf der Regierungen Arbeitskammern errichtet werden sollen, die gar nicht die Möglichkeit zu einer ernsthaften Tätigkeit haben.

Bericht des Internationalen Stein- arbeitersekretariats

pro 4. Quartal 1909.

(Der deutsche Bericht wurde weggelassen.)

Italien. Ueber die Streiks im 3. Quartal gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Ort	Zahl der Streiks	Beteiligte	Ursache und Erfolg
Genua	1	3	Lohnerhöhung teilweise Erfolg
Mailand	1	85	Erfolglos
Padova	1	105	Unbekannt
Novigo	1	26	Erfolg
Forli	1	15	teilweise Erfolg
Piacenza	1	150	Erfolglos
Modena	1	46	Arbeitsvertrag abgeschlossen
Florenz	1	400	Unbekannt
Lucca	1	60	Erfolg
Massa Car.	3	160	teilweise Erfolg
Rom	1	—	Erfolg
Neapel	1	98	Erfolg
Porto	1	180	Erfolg
Total	15	1314	

Wir sehen aus der Tabelle, daß sich die Organisation in Italien sehr gut entwickelt hat, das geht aus der Zahl der geführten Kämpfe genügend hervor.

Holland. Jahrelang war die Bewegung der Stein- arbeiter beeinflusst von anarchistischen Theorien, diese Theorien fanden besonders bei unsern Kollegen guten Anklang, und sie gaben stets Anlaß zu Streitigkeiten in den politischen Parteien. Diese Periode der Streitigkeiten, Anarchisten gegen Sozialdemokraten, dauerte bis zur Gründung des Verbandes, also bis zum Jahre 1907, allwo sechs Sektionen sich zu einem eigentlichen Berufsverbande zusammenschloßen. Bald hatten wir zu kämpfen wegen der Beitragsfrage, dieselben kamen den Mitgliedern zu hoch vor, trotzdem sie nach Höhe des Tagesverdienstes eingeteilt waren. Mit vieler Mühe konnte aber doch der Verband aufrecht erhalten werden, und stehen zurzeit nur noch die Steinbauern in Amsterdam dem Verbande fern. Immerhin ist die beste Aussicht vorhanden, auch diese Bresche in Kürze auszufüllen. Momentan befinden sich die Marmorarbeiter in Beverwyk im Streik, Forderung: Lohnerhöhung.

Die finanzielle Situation des Verbandes hat sich in letzter Zeit merklich gebessert, obwohl die Agitation hier sehr umfang- reich betrieben werden muß.

Finnland. Streik fand nur einer statt, welcher auch schon nach vierstündiger Dauer zugunsten der Streikenden er- lebt wurde. Zurzeit sind fünf Arbeitstarife abgelaufen, von denen noch keiner erneuert wurde. Die schlechte Geschäftskon- junktur und die politischen Verhältnisse haben eine große Ar- beitslosigkeit mit sich gebracht, diese wird von den Unternehmern nach Möglichkeit zur Verschlechterung der Verhältnisse ausge- nützt. Für Agitation wurden 210 Frank ausgegeben. Der Verband besteht aus 86 Sektionen mit 1156 Mitgliedern. Aus- gaben für Streiks 5548 Frank, Kassenbestand 6077.76 Frank. Der nächste Kongress findet vom 21. bis 23. März in Kotka statt.

Spanien. Aus dem Kassabericht des Steinarbeiterver- bandes entnehmen wir folgende Angaben pro 1909:

Einnahmen:	
Allgemeiner Fonds	Pesetas 20149.67
Beiträge	7748.30
Extrabeiträge	300.—
Total	Pesetas 28197.97
Ausgaben:	
Agitation	Pesetas 5952.35
Streikunterstützung	19500.—
Reiseunterstützung	365.30
Administration	428.30
Total	Pesetas 26545.95

Frankreich. Die Steinarbeiter, welche dem französischen Bauarbeiterverbande angeschlossen sind, haben nunmehr ihren definitiven Beitritt zum Internationalen Sekretariat erklärt.

Belgien. Die Zahl unserer Vereinsgenossen hat sich im Laufe der drei letzten Monate etwas vergrößert, ungefähr 200 neue Mitglieder haben sich in die verschiedenen Gruppen ein- schreiben lassen. Wir glauben mit diesem Erfolg recht zufrieden sein zu dürfen, wenn wir die enormen Opfer berücksichtigen, welche wir von unsern Mitgliedern verlangt haben, um die aus- gesperrten Genossen von Ceausines zu unterstützen. In der Tat zahlen sie schon seit 30 Wochen einen außerordentlichen Beitrag von 50 Cts. wöchentlich ein.

Für die Gruppen, welche monatlich Beiträge von 2 Frank und 150 Frank zahlen, macht dies ungefähr 4 Frank pro Monat aus, was nun schon seit sieben Monaten bezahlt wird. In den neuen Vorkehrungs-Verträgen von Duenaft hat die Direktion die Absicht kundgetan, neue Arbeitsbedingun- gen einzuführen, welche eine beträchtliche Lohnerminderung zur

Folge gehabt hätten. Da die Arbeiter sich sehr entrüstet zeigten, zog die Direktion ihr Vorhaben zurück. Was den Zustand in Ceausines und Umgebung anbetrifft, wird mit derselben Energie wie am ersten Tage gekämpft. Wir haben bereits in früheren Berichten die Ursachen dieses Konflikts erörtert.

Die 2550 Organisierten, welche dort beteiligt sind, stehen noch insgesamt im Kampfe. Wegen schlechter Geschäftslage haben viele Aussperrte, welche bei den Erd- und Straßenarbeiten in Dienst gestanden, wiederum die Hilfe der Organisation in An- spruch genommen.

Gegenwärtig werden mehr als 1000 Organisierte mit 2 Fr. täglich entschädigt. Die Auszahlungen bis zum heutigen Tage erreichten nahezu die Summe von 250 000 Frank. Die außer- gewöhnlichen Unterstützungen, von denen wir bereits sprachen, sowie die Spenden von freiwilligen Beiträgen, haben 135 000 Frank ergeben. Der Rest ist aus den einzelnen in Frage kom- menden Gruppen bestritten worden. In der Summe von 135 000 Frank sind die Unterstützungen der Vereinsgruppen des Inter- nationalen Steinarbeiterverbandes inbegriffen. Diese verschie- denen Unterstützungen belaufen sich auf 1355 Frank.

Krieg dem Kolonial-Marmor.

Die Abneigung gegen das Afrika-Kolonial- Marmor Syndikat macht sich in den Kreisen der deutschen Steinmetzgeschäfts inhaber immer mehr breit. Der „Deutsche Steinbildhauer“ bringt in den letzten Nummern eingehende Ein- sendungen über die beabsichtigte Gründung. Wenn das Syndikat zustande kommen soll, dann sind 3 Millionen Mark notwendig; wie die Tagespresse meldet, sind schon 2 Millionen Mark gezeichnet. Nichtin wird das Unternehmen sicherlich perfekt werden. — Im „Deutschen Steinbildhauer“ beteiligt sich auch Herr Moritz Klein, der jetzt in Berlin ein technisches Bureau unter- hält, an der Debatte. Einleitend bemerkt er, daß er der Sache neutral gegenüberstehe. Aber dann gibt er weiter zu, daß ihm die Unterlagen der Herren Schmidt und Capra (das sind die Ent- weder der Marmorlager) vorgelegen hätten, ehe diese dem Herrn Hagen unterbreitet wurden. Dem Herrn Klein kam aber die Sache nicht rentabel vor, und so ließ er sich mit seiner Sachver- ständigkeit nicht weiter auf die Geschichte ein. Klein schreibt wörtlich:

Nicht gegen das Beginnen selbst wende ich mich; denn dieses kann mir vom vaterländischen Standpunkt aus nur sympathisch sein, vorausgesetzt, daß es gut ist, — und ich würde in diesem Falle ebenso gern profitieren wie jeder andre.

Na also! — Herrn Hagen spricht Klein in der Marmor- brucherschließung das „Jahresverständige“ Urteil ab. Hoffentlich will Herr Klein damit nicht sagen, daß er in dieser Angelegen- heit jahresverständlich sei. Nach unserm Wissen ist er meist nur in der Granitbranche tätig gewesen; über die Marmorergewinnung selbst hat auch Klein blutwenig Erfahrung. Herr Klein meint unter anderem auch noch, dem Unternehmen müsse ein Direk- tor vorgezogen werden, und der Beamtensstab sei um weitere zehn Personen zu vermehren. Zuerst bezweifelt er die Rentabilität, aber dann fordert er gleich eine starke Vermehrung der Angestellten. Das ist auch eine Logik! Wir kennen ja auch in Deutschland Granitwerke, welche wegen Beamtensüberfluß wirtschaftlich völlig heruntergekommen sind! —

In der Nr. 7 der genannten Unternehmenszeitung beweist ein anonymes Artikelschreiber ebenfalls, daß das Marmor- syndikat nicht existieren könne. Der Einsender führt an der Hand der Fachliteratur die meisten Fundstellen des Marmors auf. Die Schlusssätze lauten etwa: Die Ausbeute der südwest- afrikanischen Marmorbrüche lasse keinen Gewinn zu, weil es an allen Ecken und Enden Marmorfundstellen gebe.

Es ist ja sehr köstlich, wie dieses „vaterländische“ Unter- nehmen von den deutschen Fachleuten unmöglich gemacht wer- den soll.

Ein anderer ungenannter Fachmann meint im „Steinbild- hauer“:

Der Händler — und Konsument nimmt erfahrungs- gemäß Rennerungen nicht so ohne weiteres auf, denn schließ- lich fällt in die Tasche: an welcher Marmorart kann mehr verdient werden?

Dieser Biedermann ist also „Prozent“ patriot; er hat sicherlich mit seinem Ausspruch der Wahrheit die Ehre gegeben.

Korrespondenzen.

Magen (Westfalen). Die bei der Firma Dassel (Marmor- und Granitwerk) in unserm Verbande organisierten Kollegen hatten nach und nach sämtlich gekündigt bekommen. Der Grund sollte Arbeitsmangel sein. Dies war jedoch nicht der Fall, denn der Werkmeister Weber erklärte: „Ich könnte noch 20 Mann be- schäftigen — aber ich darf nicht.“ Immer mehr sah man ein, daß der Zweck der Entlassungen der sein sollte, die „rote“ Zahl- stelle zu verringern. Leider war es infolge der noch schlechten Organisationsverhältnisse in dem Betriebe nicht möglich, gegen die offensbaren Maßregelungen anderweitig Stellung zu nehmen. Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein Firmeninhaber sich dem Willen einiger bekannten Leute in Magden beugt, und Arbeiter entläßt, die schon jahrelang treu und ehrlich ihre Pflicht erfüllt haben. Vielleicht dachten nicht jene Leute in Magden, jetzt kommen die „Roten“ und betteln wieder um Arbeit. Dies war jedoch nicht der Fall; die größere Anzahl der Entlassenen ist ab- gereist, hauptsächlich die Dauer- und Handschleifer. Nach einer neueren Verfügung hat Herr Dassel die entlassenen Maschinen- schleifer zu einer Aussprache bestellt. Von den circa 40 Christ- lich organisierten Kollegen wurde keiner entlassen, die ganze At- tion richtete sich nur gegen die in unserm Verbande organisierten Kollegen. Wir werden nun sehen, wie die Sache sich weiter ent- wickelt. Auch für die dem Verbande noch fernstehenden Kol- legen wird bald die Erkenntnis kommen, daß sie sich trotz aller Schikanen in ihrer Berufsorganisation organisieren müssen. Wir bitten, Zugang streng fernzubehalten.

Alt-Dortheim. Ueber die Gaukonferenz im 2. Gau gab der Delegierte am 18. Februar in der Versammlung den Bericht. Bemängelt wurde, daß in der Gaukonferenz lange Referate ge- halten werden und für die Wünsche der Zahlstellen keine Zeit übrig bleibt. Es wurde angeregt, unter solchen Umständen die Gaukonferenz nicht mehr zu beschicken. In der Konferenz ist ein Antrag gestellt worden, betreffs Anstellung eines besoldeten Gau- leiters. Es sind verschiedene Meinungen bei uns laut ge- worden, daß, wenn ein besoldeter Gauleiter angestellt wäre, auch die Hausleiter besser berücksichtigt werden könnten. Für unsern Bunzlauer Distrikt ist es geradezu eine Lebensfrage, daß in der Hausleiter eine kräftige Agitation einsetzt, damit dieselbe ganz für uns gewonnen und nicht wie jetzt vernachlässigt wird. Die Versammlung ist der Ansicht, daß dem Gauleiter jetzt sozusagen die Hände gebunden sind, denn der Granitbezirk Striegau hat den Gauleiter als Lokalbeamten angestellt und bezahlt ihn auch, dafür beanspruchen sie seine Arbeitskraft. Würde in einer Gau- konferenz von uns Sandsteinarbeitern der Antrag gestellt, daß sich der Gauleiter mehr um die Sandsteinarbeiter in der Haus- schauer kümmert, so würden wir von den Granitarbeitern, die in der Mehrzahl sind, überstimmt. Jetzt sind wir uns aber klar, daß in der Hausleiter etwas geschaffen werden muß. Entweder muß ein besoldeter Gauleiter angestellt werden oder es wird ein Lokalbeamter angestellt, der vom Bunzlauer Distrikt und von der Hausleiter bezahlt wird und seinen Sitz in der Hausleiter hat, aber die beiden Distrikte in enger Fühlung hält. Natürlich müßte der Zentralvorstand, ebenso wie in Striegau, einen Zu- schuß leisten. Da der Gauleiter überlastet ist, wäre es besser, wenn die letzte Anregung berücksichtigt würde.

Brandenburg. Am 14. Februar hielten die hiesigen Steinarbeiter ihre Versammlung im neuen Volkshaus ab. Auch eine Herberge wird in wenigen Monaten neu errichtet sein, dann können auch wir unsern durchreisenden Kollegen ein würdiges Heim anweisen, und wird somit einem alten Uebelstand abge- holfen sein. Die Lokalverwaltung ist durch Wiederwahl dieselbe geblieben. Unter anderem wurde der Beschluß gefaßt, den hiesigen Arbeitgebern ein Schriftstück zwecks Lohnerhöhung zu- gehen zu lassen, und zwar bis zum 1. März. Mit der Abfassung desselben sind drei Kollegen beauftragt. Die Kollegen nehmen Stellung zur Vorlage der Erwerbslosenunterstützung. Sie sind bereit, eventuell einen höheren Beitrag zu zahlen, aber einer Vorlage, welche zum Teil auf Kosten der Krankenunterstützung aufgebaut ist, können sie ihre Zustimmung nicht geben. Erörtert wird auch, daß seit längerer Zeit im weiteren Umkreis von Potsdam behördliche Verhandlungen zur Gründung einer Zwangsinnung eingeleitet sind. Den Antrag hierzu stellten die Bildhauer von Potsdam; jedenfalls haben wir einen Vorteil davon nicht zu erwarten. Nach Erledigung einiger interner An- gelegenheiten forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, wenn weiter der Ruf zur Demonstration gegen das preussische Klassen- recht ertönt, wieder vollständig zur Stelle zu sein.

Bunzlau. Die am 15. Februar in den drei Kronen tagende Distriktsversammlung der Steinmetzen beschäftigte sich mit der Tarifvorlage. Im Laufe des Winters war der zum 1. März 1910 ablaufende Tarif gekündigt, und zwar von unserer Seite. Eine neue Vorlage wurde ausgearbeitet und den Arbeitgebern überreicht. Selbige wurde aber dem Obmann der Tarif- kommission wieder zurückgeschickt mit der Bemerkung, die Vor- lage sei bis zum 20. Februar wieder zurückzuziehen. Das war doch ein starkes Stück. Diese Angelegenheit war der Zweck der Versammlung. Der Punkt wurde zur Diskussion gestellt. Die Redner waren alle der Meinung, daß es auf keinen Fall an- gänglich wäre, die Tarifvorlage zurückzuziehen, und zwar in An- betracht der schlechten wirtschaftlichen Lage der Arbeiter. Es wurde durch geheime Abstimmung folgendes Resultat festgesetzt: Anwesend waren 129 Kollegen, 8 stimmten für Zurückziehung der Vorlage und 121 dagegen. Die Tarifkommission wird er- mächtigt, auf der Basis der Vorlage zu verhandeln. Das Schiedsgericht wurde auch einer schmerzlichen Kritik unterzogen. Durch Abstimmung wurde jedoch für Beibehaltung des Schieds- gerichtes gestimmt, aber mit der Motivierung, daß es besser aus- gebaut werden muß. Die Kosten, die bei der Abhaltung einer Distriktsversammlung entstehen, sollen aus der Distriktskasse be- zahlt werden. Der Betrag wird durch Kopfsteuer wieder erhoben, um jeder Zahlstelle gerecht zu werden.

Cunewalde. Am 6. Februar fand im Goldenen Schiff unsere gutbesuchte Generalversammlung statt. Kollege Raufsch gab den Kassabericht bekannt. Die Jahreserinnahme betrug 518.22 Mk., die Ausgabe 458.17 Mk. Der Revisor, Kollege Domschke, sprach dem Vorsitzenden für seine gute Buch- und Kassensführung den herzlichsten Dank der Kollegen aus. Die Zahlstelle war am Jahreschlusse 36 Mitglieder stark und ist jetzt bis auf 70 ange- wachsen. Bei der Neuwahl wurden gewählt: August Raufsch als 1. Vorsitzender und Kassensführer, Robert Neumann als 2. Vorsitzender, Alwin Vogel als Schriftführer, Hermann Gö- dan und Ernst Valentin als Revisoren. Auf den Werkstätten herrschen traurige Mißstände. Im Steinbruch Jeremias, Schön- berg, gibt es nicht einmal einen Abort. Arbeitsstunden gibt es in 7 Brüchen auch noch nicht, so daß sich die Kollegen selbst ihre Schutzhäute herstellen müssen. Der Antrag des Kollegen Domschke, 10 Mk. für die Bibliothek zu bewilligen, wurde auf die nächste Versammlung vertagt. Um den Kassierer zu entlasten, wurden Platzfesterer gewählt. Nachdem der Vorstand die Kol- legen aufgefordert hatte, tüchtig für unsere Sache zu agitieren, wurde die Versammlung geschlossen.

Sohlenleuben. Am 6. Februar fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Als Referent war Gauleiter John-Predsen erschienen. Er legte die augenblickliche Lage der Steinarbeiter in einer zweistündigen Rede den Anwesenden dar und fand hiermit großen Beifall. Wir hatten die uns noch fern- stehenden Kollegen durch Karten eingeladen, sie zogen es aber vor, nicht zu erscheinen. Trotzdem war der Besuch ein zu- friedenstellender. Der Vortrag des Gauleiters hat jedenfalls sehr befruchtend auf die Zahlstelle gewirkt. Kollege John gab noch bekannt, daß er die Bücher in bester Ordnung vorgefunden hätte. Dasselbe sei über die Kasse zu sagen. In der Debatte wurden noch einige Mißstände gerügt; wir können es nicht zu- lassen, daß man unsre Verbandsmitglieder zurücksetzt.

Ludwigshafen. Am 12. Februar fand unsere Mitglieder- versammlung im Lokal Ebelweh statt. In den Gausausschuß wurde Kollege Heinrich Reinfant entsendet. Als Delegierter zur Gaukonferenz in Mannheim wurde Kollege J. Umett ge- wählt. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde vom Kollegen Reinfant folgende Resolution eingebracht: „Die am Sonnabend, 12. Februar, tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Ludwigshafen nimmt mit Bedauern davon Kenntnis, daß die Neuerungen, die gegen den Kollegen Heil ausgepregnet wurden, im „Steinarbeiter“ nicht veröffentlicht worden sind. Die Kollegen verlangen, daß das nachgeholt wird.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Es handelt sich um die Ver- öffentlichung in dem Generalversammlungsbericht vom 8. Jan. 1910. Kollege Heil schneidet die Sache in jeder Versammlung aufs neue wieder an. Im übrigen wurde sachlich debattiert, und die Versammlung nahm einen recht harmonischen Verlauf.

Ochsenburg. Am 13. Februar fand in Leonbronn unsere nur mäßig besuchte Monatsversammlung statt. Als Delegierter zur Gaukonferenz wurde Kollege Kautler gewählt. Betreffend der Meißener sind die Kollegen der Ueberzeugung, in diesem Jahre eine Bezirksfeier für Bradenheim abzuhalten. Unter Punkt Verbandsangelegenheiten wurde das Verhalten Fischers scharf kritisiert. Derselbe wurde im vorigen Jahre bei Treutle entlassen. Nun ist in diesem Winter der Kollege wieder auf der- selben Firma gegangen, und gebeten, wenn er bei ihr arbeiten könne, dann trete er aus dem Verband aus; es hätte doch keinen Wert für ihn; infolgedessen wurde er auch eingestellt. Diese Handlungsweise lernt man richtig kennen, wenn man bedenkt, daß Fischer vom Verband, sagt und schreibt, 146.30 Mk. für Maßregelungs- und Streikunterstützung innerhalb eines halben Jahres erhalten hat. Um das fertig bringen zu können, gehört eine Unerschämtheit herbeizugleichen dazu. Bemerkenswert sei, daß Fischer gleich nach dem Streik in Mühlbach Arbeit erhalten hätte, wenn er gewollt hätte. Es ist geradezu beschämend, daß der Kollege so wenig Charakterfestigkeit besitzt und nicht entgegenste- hen will, welche hohe Unterstützung für ihn der Verband geleistet hat. Und nun hat für ihn: „Der Verband keinen Zweck mehr“. Die lautesten Schreier sind gewöhnlich die unglücklichsten Kandidaten im Verband. Auch das sämtliche Beitragszahlen wurde einer Kritik unterzogen. Hoffen wir, daß die Kollegen ihrer Pflicht besser nachkommen. Unsere nächste Versammlung findet am Sonntag, den 20. März, in Ochsenburg statt. Es wird Bericht über die Gaukonferenz erstattet werden. Kollegen, sorgt für guten Be- such. Die gefaßten Beschlüsse sind sicherlich für alle Zahl- stellenmitglieder sehr interessant.

Strehlen. Am 8. Februar fand hier unsre Steinarbeiter- versammlung statt. Zum 1. Punkt wurde die Neuwahl der ge- samten Lokalverwaltung durch geheime Stimmabgabe vorgenom- men. Es wurden gewählt: J. Barta als Vertrauensmann, J. Bende als dessen Stellvertreter. Sämtliche Kassengeschäfte wurden dem Kollegen Gustav Munde, Nikolaisfr. 7, übertragen. Derselbe zahlt auch jetzt Sonnabends früh, wie in üblicher Weise, das Kranzengeld aus. Schriftführer ist A. Ulabisch, Revisoren sind Karl Pech und Hermann Da Corta. Ins Ge- werkschaftskartell wurden für dieses Jahr folgende Kollegen ge- wählt: A. Schreiber, J. Barta, A. Fieger, B. Schiga und A. Schneider.

Am 14. Februar fand dann in Gorka eine fast besuchte Versammlung statt. Nachdem Kollege Schneider einen Ueberblick über die Verhandlungen der Gaunkonferenz gegeben hatte, referierte Kollege Daubenthaler über: Die gegenwärtige politische Lage. Die sinnreichen Ausführungen wurden mit großem Beifall entgegengenommen. Der Antrag Gorka, sich von der Zahlstelle Strehlen loszutrennen, wurde vom Vertrauensmann scharf kritisiert. Die Meinung, daß bei eigener Verwaltung der Zahlstelle mehr Versammlungen stattfinden können, fällt weg. Wenn die Unternehmer sich fester zusammenschließen, kann von einer Trennung bei uns keine Rede sein, da ja doch übrigens ein beförderter Gauleiter in Aussicht steht. (?)

Lautenwalde. Um wieder etwas Geist unter die Kollegen zu bringen, fand am 6. Februar eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Genosse Reilborn-Dresden führte den Anwesenden in lehrreicher Weise das Arbeiterentkommen und die Arbeitererziehung vor Augen: Redner führte aus, daß von einsichtigen Politikern schon längst zugegeben wurde, daß die Entlohnung der Arbeiterschaft mit der Ernährung derselben nicht mehr im Einklang stehe. Die Schwindlucht, welche jährlich Tausende von Arbeitern hinwegrafft, findet an der Unterernährung und den schlechten Wohnungen des Proletariats reichliche Nahrung. Nur ein fester Zusammenschluß in den Gewerkschaften ermöglicht es uns, der herrschenden Gesellschaft bessere Verhältnisse abzurufen. In Lautenwalde sind die Löhne schlecht, die Werkzeugfrage ist noch nicht geregelt, an vorchristlichmässigen Werkstätten fehlt es, da müßten die Kollegen einig zusammenstehen, um diese Mängel abzuschaffen. In der Lausitz muß noch vieles für die Arbeiter gebessert werden.

Weimar. Am 6. Februar fand im Restaurant Bergschlößchen zu Gringsdorf unsere Generalversammlung statt. Diefelbe war, den Verhältnissen entsprechend, gut besucht. Leider gibt es hier noch viel unorganisierte Kollegen, die sich nicht dazu bewegen lassen, eine Versammlung zu besuchen. Der Vorsitzende Paul Harz gab zunächst einen Tätigkeitsbericht des verflossenen Jahres, woraus zu ersehen war, daß die Zahlstelle, wenn sie sich auch nicht gebessert, so doch wenigstens stabil geblieben ist. Es ist eben hier schwer vorwärts zu kommen, da sich die Kollegen nicht im geringsten mit der Organisation einlassen wollen. Nachdem der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung verlesen hatte, gab der Kassierer den Kassenbericht. Es war alles in bester Ordnung. Gauleiter Koch, welcher anwesend war, hielt einen Vortrag über das Thema Zweck und Nutzen der Organisation. Die Kollegen zeigten reges Interesse und schloßen dem Redner wiederholt reichen Beifall. Nun erfolgte die Neuwahl der Ortsverwaltung. Zum Vorsitzenden wurde der Kollege Louis Barth (früherer Vorsitzender) gewählt. Der Kassierer Bernhard Kämpfe und Schriftführer Max Schäfer wurden wiedergewählt. Der Kollege Ditto Seibel, welcher schon länger im Rückstand ist und auch keine Miene macht, überhaupt zu bezahlen, ist aus unserm Verband ausgeschlossen worden. Gauleiter Koch erwähnte noch die Kollegen, trotz aller Schwierigkeiten sich nicht beeinflussen zu lassen und die Agitation unermüdet weiter zu betreiben.

Rundschau.

Die Wahrheitsliebe der Schwarzen. Die „Gewerkschaftsstimme“ hat bis vor etwa 1 1/2 Jahren der Hiedermann Hannes Wolf geleitet. Er war ein Sozialistenreifer reinkarnierter Stils. Dafür war er um so besser geeignet, die Zentrumsgrundzüge innerhalb seiner Gewerkschaftsrichtung zu vertreten. Als er nicht mehr Redakteur war, machte er sich noch einmal beim Solnhofener Steinarbeiterkampf bemerkbar, indem er seine Verhandlungsmittel in verräterischer Weise hinterging. — Der Redaktionsnachfolger des Gezeichneten ist nun ein Herr Geis. Auch dieser Wahrheitsapostel erzählt gern Terrorismusgeschichten über die roten. — Das Assaffenburgger Gericht hat ihm nun kürzlich seine Wahrheitsliebe recht eigentümlich bestätigt. Vor einem halben Jahre, so meldet der „Frankfurter Volksfreund“, brachte er in der „Gewerkschaftsstimme“ eine Schauernotiz, wonach der Vorsitzende des Gemeindegewerksverbandes in Karlsruhe die Wagenladung Holz eines Christlichen nach gemacht habe, aus purer Bosheit natürlich. Diese Aufmachung wurde auch der Karlsruher Stadtverwaltung zugestellt, in der offensbaren Absicht, den unheimlichen Gegner hierdurch loszuwerden. In dem hochnotpeinlichen Verfahren des Magistrats wurde aber keine Schuld an dem Arbeiter gefunden. Vielmehr war das Holz nach geworden, weil es eben so ungenügend gelagert war. Obedirend hatte der Mann mit dem Wasser gar nichts zu tun. Natürlich erlief Geis, daß er bei der Geschichte recht schlecht abschnitten würde, weshalb Vergeltungsvorschläge gemacht wurden, die aber vernünftigerweise von dem Kläger nicht akzeptiert wurden. Geis wurde zu 60 Mark Geldstrafe, Publikation des Urteils und zum Tragen der Kosten verurteilt. Hoffentlich ist das für den Mann eine Lehre, in Zukunft seine Behauptungen etwas mehr auf Tatsachen aufzubauen. In der Luft liegen eben doch keine gerichtsfähigen Beweise. Vielleicht sieht sich Herr Geis von nun ab veranlaßt, das 8. Gebot etwas mehr zu beachten.

Die gut gepflegte Arbeitslosenstatistik. Die „Holzarbeiterzeitung“ veröffentlicht in der Nummer 8 eine äußerst interessante Darstellung über die Häufigkeit der Arbeitslosigkeit für die Mitglieder des Holzarbeiterverbandes:

	1905	1906	1907	1908	1909	1910
Januar	2,58	2,47	2,87	5,81	7,07	3,83
Februar	1,81	1,72	2,68	4,80	5,87	—
März	1,44	1,56	2,45	4,43	4,40	—
April	1,61	1,54	2,32	4,62	3,82	—
Mai	1,16	1,48	1,87	4,39	3,10	—
Juni	1,08	1,33	1,56	4,18	3,10	—
Juli	1,00	1,13	1,31	3,72	2,57	—
August	0,76	0,84	1,17	3,08	1,82	—
September	0,87	1,11	1,72	3,30	1,85	—
Oktober	1,58	1,62	2,60	3,83	2,21	—
November	1,49	1,53	3,07	4,87	2,63	—
Dezember	2,52	3,08	5,53	8,89	4,77	—

Wie ergut gearbeitet wird, geht schon daraus hervor, daß die Ziffern für den Monat Januar am 19. Februar veröffentlicht werden konnten.

Christliche Verkettungsveruche. In der in München erscheinenden ultramontanen Wochenchrift „Allgemeine Rundschau“ (Nr. 8 vom 17. Februar 1910) berichtet Clemens Graf von Galen über den gegenwärtigen Stand der Vereinigungsbestrebungen zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen. Er behauptet, die beiden Richtungen in den katholischen Arbeitervereinen sind sich einig, u. a. auch über folgenden Grundsatz: „Die Entscheidung, ob die bestehenden oder zu gründenden Berufsorganisationen unter den jeweiligen örtlichen Verhältnissen durch ihre Zusammenfassung ausreichende Garantien (daß die religiös-sittlichen Grundsätze des katholischen Glaubens durch ihre Beschlüsse und Maßnahmen nicht verletzt werden) bieten, steht definitiv den Bischöfen zu; und jeder katholische Arbeiter und Arbeiterfreund ist im Gewissen verpflichtet, sich praktisch nach der Entscheidung des Ortsbischöfs zu richten.“

Wenn Graf Galen hier nicht gefunken hat, dann sind die christlichen Gewerkschaftsführer wieder einmal zu Kreuze gezogen. Seit dem internationalen Kongress (christlicher Arbeiterorganisationen) in Zürich haben diese wiederholt erklärt, daß die Bischöfe den christlichen Arbeitern wegen ihrer wirtschaftlichen Organisation nichts dreinzureden haben. „Wo es sich um rein wirtschaftliche Dinge handelt, hat der Bischof kein Recht, ein Machtwort zu sprechen.“ So erklärte Schäfers 1908 in Zürich und dieses Wort ist keithin in unzähligen Variationen wiederholt worden.

Auch nach der Publikation des letzten Bandes des gegenwärtigen Papstes an den Führer der katholischen Berufsorganisationen in Italien wurde von der christlichen Gewerkschaftspressen gesagt, dieses Schreiben könne für die christlichen Gewerkschaften in Deutschland nicht maßgebend sein. Und nun auf einmal sollen — nach der Behauptung des Grafen Galen — auch die christlichen Gewerkschaften damit einverstanden sein, daß die Bischöfe darüber zu befinden haben, „ob gemischte oder konfessionelle Vereinigungen am Platze seien.“ Die christlichen Gewerkschaften dürfen also nur dort arbeiten, wo es ihnen der Bischof gestattet. Das wäre somit der Zustand, den die christlichen Führer in Dutzenden von Reden und Zeitungsartikeln als unmöglich bezeichnet haben.

Graf Galen bemerkt übrigens, der oben zitierte Grundsatz habe selbstverständlich auch für andere wirtschaftliche Organisationen der Katholiken „unter Berücksichtigung ihrer Eigenart“ Geltung. Es wäre gut, wenn Graf Galen deutlich sagen wolle, welche „Eigenarten“ besondere Berücksichtigung finden sollen. Wie sieht es insbesondere mit den Arbeitgeber-Organisationen?

Durch herabstürzendes Steingewölbe wurde in Freudenberg am Main der Steinmetz Karl Eckert schwer verletzt. — In der jetzigen Zeit müßten die Unternehmer viel mehr Sorgfalt darauf verwenden, um die schadhafte Stellen an den Bruchwänden zu beseitigen.

Gräufliger Unglücksfall. In Roschel (Oberbayern) sind mehrere Steinbrucharbeiter tödlich verunglückt. Am 16. Febr., nachmittags, ist es den Bemühungen der Rettungsmannschaften gelungen, die Leichen der im Steinbruch der oberbayrischen Gipswerke verschütteten Arbeiter Sauer und Margreter zu bergen. Die Körper der Verunglückten waren derart verstümmelt, daß man die einzelnen Teile erst zusammensuchen und in Säcke verpacken mußte. Die Leichen wurden vorläufig im Fabrikgebäude untergebracht. Am 17. Februar früh, kurz vor 9 Uhr ist auch die Leiche des dritten Verunglückten, des Arbeiters Simeth, nach 120stündiger Arbeit geborgen worden.

Noch ein Massenunfall. In dem Steinbruch der Westwald-Werke zu Marienberg (Westwald) sind am 17. Februar durch einstürzendes Gestein vier Arbeiter verunglückt worden. Sie konnten erst nach zweistündiger Arbeit von den Steinmassen befreit werden. Zwei starben unmittelbar nach ihrer Einlieferung ins Krankenhaus an den erlittenen schweren Verletzungen. Die beiden anderen sind mit leichten Verletzungen davon gekommen. — Hoffentlich wurde sofort eine gründliche Untersuchung angeordnet, damit festgestellt werden kann, ob der Abbau vorchristlichmässig vor sich ging.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 14. bis mit 19. Februar 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, L. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrazettel.)

Dziergowitz B. 2,20.	Rieser B. 4,95.	Merseburg B. 4,95.
Wittenberge B. 4,40.	Neusalz B. 4,50.	Stebenwerda B. 1,60.
Weißensand B. 108,50.	Haders B. 46.—.	Eberbach B. 11,02.
K. 0,60.	Baugen B. 148,26.	K. 22,15.
Ebenorf B. 46.—.	Einbe- B. 46.—.	E. 3.—.
K. 6.—.	Hasserode B. 126,50.	K. 16,55.
Kirchenamt K. 10.—.	Söbjetin B. 52,90.	Ochsenfurt B. 43,70.

BEZUGS Anzeigen

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Berlin.

Sonntag, den 27. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr
Kombinierte Versammlung
in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

- Tagesordnung:**
1. Stellungnahme zur Tariffrage. — 2. Stellungnahme zur Erhebung von Ertragssteuern. — 3. Einreichung einer Petition an den Berliner Magistrat betreffend Kommunalarbeiten. — 4. Stellungnahme und Wahl der Delegierten zur Gaunkonferenz.
- Kollegen! Agitiert für guten Versammlungserfolg. Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Kollegen, gleichviel ob sie in Granit, Marmor oder Sand bzw. Kalkstein beschäftigt sind. Auch die Arbeitslosen müssen zur Stelle sein.
- Die Ortsverwaltung.

Achtung!

Steinarbeiter von Gommern u. Umgeb.
Sonntag, den 26. Februar, abends 7 1/2 Uhr
Öffentliche Versammlung für die Pflastersteinarbeiter
in unserem Vereinslokale in Gommern.

- Tagesordnung:**
- Der deutsche Steinarbeiterverband und seine Bedeutung.
Referent: Paul Starke, Zentralvorsitzender.
Es wird Massenbesuch erwartet. Der Einberufer: Lorsche.

Versammlungen im II. Gau:

Sonntag, den 27. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, **Westers-Versammlung** im Gasthof zum Adler in Stadiprojetzen a. M.
Tagesordnung: 1. Das Unfallversicherungsgesetz. Referent: Herr Florin, Arbeiterssekretär in Würzburg. — 2. Stellungnahme zum Verbandsrat, zur Erwerbslosenunterstützung und zur Hilfsarbeiterfrage. — Zu dieser Versammlung hat jeder Kollege der Orte **Faulbach, Stadiprojetzen, Dorfsprojetzen, Fehnbach, Rousfeld, Vogtal, Reiffenhanfen, Würzburg und Miltenberg** unbedingt zu erscheinen.

Die Bezirksleitung Fechenbach.
Weitere Versammlungen finden statt am Sonntag, den 5. März, abends 8 Uhr, im Gasthof zum roten Roß in Zeil und Sonntag, den 6. März, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof des Herrn Birth in Birgach. Tagesordnung: Klassenkämpfe der Gegenwart. Referent: Kollege Lohse-Würzburg. — Zahlreicher Besuch ist erwünscht.
Die Ortsverwaltung Zieglanger.

Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine Werkzeuge und Werkzeugstahl

empfehlen zu billigen Preisen
Max Muster, Eisenhandlung
Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32.
Preisliste gratis und franko.

K. 5,18.	M. 2,50.	Denig B. 24,36.	K. 1,50.	Div. 26,24.	Roth a. S. B. 19,78.	K. 8,10.	Rüfingberg B. 4,55.	Greifswald B. 2,90.
Alteine K. 0,80.	Dittelsdorf B. 17,60.	Bellerode B. 88.	Roh- bach B. 46,20.	H. 5.—.	K. 29,85.	Offenburg B. 52,50.	Rangen- astheim B. 80,90.	H. 2.—.
K. 15,90.	M. 0,70.	Rixheim B. 92.—.	K. 9.—.	M. 2,50.	Eldersfeld B. 41,40.	K. 2,10.	Serbeke B. 11,50.	K. 0,50.
Rüttschendorf B. 216,66.	K. 8,20.	Harren B. 8,40.	Bant B. 1,20.	Torgau B. 2,15.	Münchberg B. 52,50.	K. 1,10.	Nebra K. 12.—.	Dall B. 57,54.
K. 4,60.	Al.-Wandsleben B. 3,30.	Ludwig Weist, Kassierer.						

Allgemeine Bekanntmachungen.

Demig-Thumig. Hiermit zur Kenntnisnahme, daß ich ab 28. Februar 1910 meine Tätigkeit als Vertrauensmann wieder aufnehme. Alle Postsendungen sind wieder an mich gelangen zu lassen.
K. Purfche.
Kleinrinderfeld. Die Steinmetzen Johann Ling II und Martin Ströhlein haben hier ihre Interimskarten liegen lassen.
Franz Götter, Kassierer.
Kopbach (Oberpfalz). Der Kollege Michael Ziesler möchte sofort seinen Aufenthalt angeben.
Johann Meier.

Adressen-Änderungen.

Münchberg. Friz Streitmann, Kirchenamtstr. 54.
Sparda. Vorl.: Johann Walther.

Briefkasten.

Strohmeier. Da es sich meist um Ausländer handelt, wäre eine Veröffentlichung zwecklos. — Dieser Artikel war schon gefügt, sonst wäre Deine Einwendung ohne weiteres aufgenommen worden. — Höpfi (Odenwald). Bei dem infolge eines Unfalles erfolgten Tode eines Verletzten ist ein Sterbegeld zu gewähren, welches 1/10 des Jahresarbeitsverdienstes, mindestens aber 50 Mark beträgt (§ 16 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes). — G. Noch unbestimmt. — 1725. So einen Lumpen läßt man ruhig laufen. Wir bringen darüber keine Zeile. Wenn unsere Segner lauter solche Individuen in ihren Reihen hätten, dann dürften sie sich überhaupt in keine Versammlung mehr wagen. — Heißsporn. Wir möchten davon abraten. — Tr. Sichtlich schlägt in diesem Fall § 124 Abs. 4 der Gewerbeordnung ein. Die Stelle lautet: „Die Arbeit kann vor der vertragsmäßigen Zeit verlassen werden, wenn der Arbeitgeber den Arbeitern den schuldigen Lohn nicht in der bedungenen Weise auszahlt, bei Stücklohn nicht für ausreichende Beschäftigung sorgt, oder wenn er sich widerrechtlicher Ueberverteilung gegen sie schuldig macht.“ — N. Wenn eure Zahlstelle wegen der Gaunkonferenz eine gemüthliche Abendunterhaltung arrangiert, so haben wir nichts dagegen, aber wir lehnen es ab, darüber ein großes Inzerat zu bringen. — R. in B. Ueber diese Angelegenheit hatte Kollege G. schon berichtet. — Baugen. Die Versammlung fand am 19. Januar statt, am 17. Februar „geruhte“ der Schriftführer, einen Bericht darüber einzufassen. Aber lieber Kollege F., wir wollen doch in diesem Jahre etwas fixer arbeiten. Besten Gruß! — J. B. Wir müssen bitten, daß die Namen deutlicher geschrieben werden. Eine Richtigstellung lehnen wir ab. — Reinerbreuth. Wird ohne weiteres besorgt. — M. Es war aber höchste Zeit, daß die betreffende Meldung einging.

Schürzen
Handmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenhosen in allen Breiten, Fadettis, Leder- und Buckstinschürzen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Emil Keidel
Hamburg 6, jetzt Bartelsstraße 93.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Hartwerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis.
Lieferung sofort!

Jüngeren tüchtigen Steinmetzen
in Grab- und Kunststein sucht sofort
Johann Waltermann, Stein- und Bildhauerei
in Proge (Rippe Deimold.)

Pflastersteinschläger, Steinmetzen
werden noch angenommen.
Granitwerk Königsbrück
H. Göhndahl, Königsbrück (Sachsen.)

Gestorben.
In Demig-Thumig am 12. Februar der Kollege Ferdinand Lange, 30 Jahre alt, an Herzschlag.
In Hannover I am 7. Februar der Kollege Franz Zambelli, 49 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Mittelsteine am 18. Februar der Kollege Franz Strauch, 35 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Piena am 15. Februar der Kollege Wilhelm Trode, 39 Jahre alt, an Schwindel. — Ebenfalls am 18. Februar der Kollege August Kretschmar, 66 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In Strehlen am 14. Februar der Kollege Paul Seifert, 36 Jahre alt, an Lungenkatarrh.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Wirtschaftliche Rundschau.

Diskontermäßigungen. — Deroute an der New Yorker Börse. — Die Aussichten der Frühjahrssaison. — Der deutsche Arbeitsmarkt.

Die Erleichterung am internationalen Geldmarkt hat in den ersten Wochen des laufenden Jahres so merkwürdige Fortschritte gemacht, daß die Diskontsätze fast überall eine sinkende Tendenz aufweisen. Die Bank von England hat in der letzten Woche ihren Satz wieder bis auf 3 Prozent ermäßigen können, und am gleichen Tage hat auch die deutsche Reichsbank ihren Wechselzinsfuß von 4½ auf 4 Prozent herabgesetzt. Die Entwicklung des Geldmarktes hatte im letzten Herbst eine unvermutete Versteifung durchzumachen, die aber nunmehr als überwunden gelten darf. Freilich wird der Grad der Erleichterung am deutschen Geldmarkt nicht mehr viel höher getrieben werden, da die Beanspruchung infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs schon wieder recht kräftig einsetzt. Auch die Staaten und Kommunen kommen mit neuen Anleihen an den Markt. Eine recht günstige Zeit haben sich diesmal das Reich und Preußen ausgeliebt, um ihren Bedarf zu decken. Die Anleihebeträge sind um ein Erhebliches überzeichnet worden, so daß die Subskribenten ihre gezeichneten Anteile nur bis zu einem bestimmten Prozentsatz zugewiesen erhielten. Ein Novum bei der Begebung der Anleihen bildete die Begünstigung der Sparkassen, die die Stücke zu einem etwas billigeren Preise bekamen. Veranlaßt ist diese Begünstigung durch die Absicht, die Sparkassen zu stärkeren Anlagen in Reichs- und Staatsanleihen zu bewegen, damit der Markt der heimischen Staatsanleihen gebessert würde.

Von dem allgemeinen Bild der Entwicklung auf dem internationalen Geldmarkt wichen die Vorgänge an den amerikanischen Börsen auffallend ab. Es fanden Kursrückgänge infolge von plötzlichen und umfangreichen Verkäufen statt, die in ihrer Gesamtheit den Eindruck einer Deroute erwecken konnten. Es tauchten schon wieder Ansichten auf, die behaupteten, der wirtschaftliche Aufschwung in Amerika mache, Knapp daß er erst eingeleitet hätte, einen neuen Stagnation Platz. Aber diese Deutung verkennet doch die Motive der jüngsten Vorgänge an den amerikanischen Börsen. Auch in Amerika ist der Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung auf einer im allgemeinen recht gesunden Basis, wenn sich auch auf dem Warenmarkt Preissteigerungen bemerkbar machen, die die Zunahme der Konsumkraft des Volkes etwas hemmen. Die Kämpfe an der New Yorker Börse sind aber in erster Linie auf wohlberechnete Manöver von Finanzmagnaten zurückzuführen, die ihren Einfluß der amerikanischen Regierung und dem Volke gegenüber deutlich zu machen suchen. Das Steigen und Fallen der Kurse richtet sich in Amerika viel weniger nach dem Stande der wirtschaftlichen Entwicklung als bei uns, sondern es wird von der Spekulation in einem äußerst schädlichen Maße beherrscht. Durch weitgehende Beeinflussung einmal des Angebots, dann wieder der Nachfrage können die Kurse starken Schwankungen ausgesetzt werden, die zwar vorübergehender Natur sind und sich nicht dauernd dem Stande der allgemeinen Konjunktur entziehen können, die aber hinreichend, um Verwirrung und Unklarheit anzurichten und es den Entrepreneur zu ermöglichen, im Trüben zu fischen. An den europäischen Börsen, vor allem auch in Berlin, hat man die Motive der sogenannten Deroute an den amerikanischen Börsen richtig gewittert, was zur Folge hatte, daß man sich nicht ins Böckshorn jagen ließ, sondern sich auf die Fortdauer der wirtschaftlichen Erholung fest verließ. Man sah um so zweifelsüchtiger, als die kritische Lage in Amerika gerade mit dem Zustandekommen der neuen handelspolitischen Vereinbarung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zusammenfiel, die die Gefahr einer längeren und heftigen Störung des Warenverkehrs mit der Union beseitigte.

Auch sonst haben wir in Deutschland keine Veranlassung, die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Zeit ungünstig zu beurteilen. Gewiß fehlt es nicht an unerfreulichen Symptomen und an dunklen Punkten, die am Horizonte auftauchen. Aus dem Kohlenbergbau werden aus einzelnen Bezirken Feuerschichten gemeldet; aus Oberschlesien lauten die Nachrichten über den augenblicklichen Kohlenabfuhr sogar direkt unfreundlich. Die Differenzen im Baugewerbe sind auch nicht geklärt und lassen noch immer ernste Vermutungen befürchten. Aber nach Stimmungen und nach Möglichkeiten dürfen wir die wirtschaftliche Basis, auf der sich die Konjunktur aufbaut, nicht beurteilen. Vorausgesetzt, daß keine unerwarteten Störungen eintreten, sind vielmehr die Vorbedingungen für die Entfaltung einer lebhaften Frühjahrssaison äußerst günstig. Die stärkeren Neuanforderungen des letzten Jahres werden sich in diesem Jahre schon in einer Steigerung des gewerblichen Beschäftigungsgrades bemerkbar machen. Die Bautätigkeit dürfte trotz des milden Winters, der ja einen Teil der Arbeitsgelegen-

heit schon vorweggenommen hat, sehr rege werden, da zahlreichen Beobachtungen zufolge die Bautätigkeit auch auf dem platten Lande, in mittleren und kleinen Städten über den Umfang des Vorjahres hinausgehen dürfte. Die stärkere Beschäftigung im Jahre 1909 hat aber auch den Konsum schon wieder so angeregt, daß der Verbrauch an Nahrungsmitteln und Genussmitteln, an Kleidung und Wäsche usw. eine ansteigende Tendenz zeigt, und einer mächtigen Gruppe von Gewerben nicht nur erhöhten Absatz, sondern insolgebehen auch wieder regere Beschäftigung verspricht. Dazu kommt dann weiter noch die Belebung am Weltmarkt, der unserem Export wieder bessere Umsätze als in den letzten zwei Jahren verspricht.

Für den deutschen Arbeitsmarkt ist die allgemeine wirtschaftliche Belebung dringend zu wünschen. Ist auch infolge der milden Witterung der Winter weniger hart ausgefallen und die Arbeitslosigkeit niedriger geblieben, als vor Winters Anfang befürchtet werden mußte, so sind wir doch noch immer um ein ziemliches von dem Zeitpunkt entfernt, der uns ein einigermaßen befriedigendes Verhältnis von Arbeitsgelegenheit und Arbeitsfindenden bringt. Der Januar hat nach den vorläufigen Angaben einen Andrang von 158,0 gebracht. Das ist eine günstigere Ziffer, als sie zu erwarten war. Aber es ist noch immer ein Andrang, der eine starke Belastung des Arbeitsmarktes verurteilt. Den niedrigsten Januarandrang verzeichneten wir im Laufe der letzten 14 Jahre 1900 mit 126,3, den höchsten im Jahre 1902 mit 220,2. Voraussetzlich bringen schon die Monate Februar und März eine kräftige Entlastung, wie sie z. B. in den entsprechenden Monaten des Jahres 1903 zu beobachten war. Entfesselt ist besonders an der Gestalt des Andrangs im Januar, daß die Nachfrage nach männlichen Arbeitskräften wieder stärker zu werden beginnt. Denn gerade für männliche Arbeitskräfte war bisher die sich bietende Arbeitsgelegenheit noch recht unzureichend. Selbst im Januar kommen auf eine offene Stelle noch immer zwei Arbeitsuchende. Bei der Höhe des heimischen Angebots ist eine Förderung des Zugangs ausländischer Arbeitskräfte keineswegs erwünscht. Nichtsdestoweniger werden aus einer Reihe von Gewerben Vorbereitungen bekannt, für die Frühjahrssaison sich mit ausländischen Arbeitern zu versorgen. Die Einwanderung aus dem Osten und aus Italien dürfte schon Ende dieses Monats wieder einsetzen. Auch der Zugang ausländischer Hände für die Landwirtschaft dürfte im laufenden Jahre wieder zunehmen, da das Angebot heimischer Arbeiter, die wieder mehr nach den gewerblichen Zentren abzuwandern begonnen haben, auf dem platten Lande schon merklich abgenommen hat. Daß die Einwanderung der billigeren Arbeitskräfte vom Standpunkte des deutschen Arbeitsmarktes nicht erwünscht ist, sondern auf das Lohnniveau in einer Reihe von Gewerben drückend wirkt, ist eine Tatsache, die um so stärker sich geltend macht, je größer das Ueberangebot auf dem heimischen Markt und je umfangreicher gleichzeitig das Kontingent der jährlich Einwandernden ist.

Berlin, 20. Februar 1910. Rich. Calmer.

Gaukonferenz des 2. Gaus (Striegau).

Sonntag, den 13. Februar, fand im Hoffmannschen Lokal zu Strahlen unsere Gaukonferenz statt. Das Bureau setzte sich aus folgenden Kollegen zusammen: Erster Vorsitzender Kollege Daubenthaler-Striegau, zweiter Vorsitzender Kollege Wilmshelburg-Schirfshöfer, Vorsitzender Kollege Barta-Strahlen. Als Vertreter der Zentralleitung war Kollege Waltherr erschienen. Anwesend waren 27 Delegierte aus 12 Zahlstellen, welche 2626 Mitglieder vertreten. Einige Ortsstellen konnten keine Delegierten entsenden, da gegenwärtig im Sandsteingebiet große Arbeitslosigkeit herrscht. Man hat sich jedoch über das Verhalten der Bunzlauer Kollegen sehr gewundert, weil sie auch keinen Vertreter entsenden haben. Der Bericht des Gauleiters Daubenthaler war ein sehr umfangreicher. Noch in keinem Berichtsjahre war eine solche Krise im niederschlesischen Sandsteingebiet zu verzeichnen, als wie dies 1909 der Fall war. Selbst der bekannte Schillingsche Platz in Bunzlau, welcher schon manchem Kollegen im Winter Schutz geboten hat, wird jetzt beseitigt. Die Agitation in den Bruchdistrikten läßt noch viel zu wünschen übrig. Besonders schwierig ist die Agitation im Reißer Gebiet. Hier hält alles, sogar herunter bis zum Barbier, gegen den Steinarbeiterverband zusammen. Da der Barbier bei den organisierten Kollegen seinen Dienst versagte, wurden unsere Kollegen soweit gezwungen, unter sich selbst einen Kollegen zum Rasieren auszubilden, was auch

völlig gelungen ist. Da in einigen Orten alles bis auf den letzten Mann organisiert ist, ist das Eindringen in die Nachbargebiete unter allen Umständen geboten. Jedenfalls wird aber die Feuerwehr, welche unser Versammlungslokal schon einmal zu umstellen hatte, noch mehrmals zu ihrer unfruchtbaren Arbeit gegen uns herangezogen.

Weiter beklagt sich Redner über die Gewerbeinspektionen, welche die Beschwerden wenig oder gar nicht berücksichtigen wollen. Ferner wird geklagt, daß die Unternehmer bei den Frauen Unterschriften sammeln und Petitionen einreichen, damit die Bundesratsverordnung umgangen werden kann. Von den Zahlstellen wurde in der Berichtszeit die Gauleitung 83mal zu Versammlungszwecken beansprucht. Für Streiks wurden 1909 119 000,38 Mark ausgegeben. Im Gau sind in der Steinindustrie 6780 Arbeiter vorhanden, davon sind 2626 organisiert. Die Gesamteinnahme betrug für 1908 und 1909 1652,58 Mark, die Ausgabe 1610,23 Mk., bleibt ein Kassenbestand von 42,35 Mk. für das Jahr 1910. Da der jetzige Gauleiter Lokalbeamter für Striegau ist und mit Arbeit überlastet wird, ersucht er die Anwesenden, Mittel und Wege zu ergreifen, um eine recht rege Agitation zu entfalten.

Die Debatte war recht lebhaft. Zwei Kollegen klagten wegen nicht genügender Unterstützung bei Streiks, was jedoch vom Zentralvorstandsmittglied widerlegt wurde. Kollege Feser-Breslau wünscht, daß die Mißstände wegen der Bundesratsverordnung von Seiten der Gauleitung in der Presse behandelt werden.

Zum 2. Punkt referierte Kollege Müller-Striegau über: Organisation und Agitation unter Berücksichtigung der Hilfsarbeiterfrage. Er wünscht zu allererst, daß in den Zahlstellen die Lokalverwaltungen solche Leute um sich haben, mit denen sie sich auch wirklich über alles, was im Interesse unserer Sache liegt, beraten können. Das öftere Wechseln in den Zahlstellenverwaltungen hat gewöhnlich nur Nachteile. In Anbetracht der jetzigen belasteten Gauleitung und weil uns in den Bruchdistrikten noch rund 4000 Arbeiter fernstehen, spricht Redner für einen besoldeten Gauleiter für den Bezirk Schlesien. Er bedauert, daß der Antrag von Strahlen, eine niedrige Beitragsklasse einzuführen, auf dem letzten Verbandstage in Kassel abgelehnt wurde. Bei Annahme desselben hätten wir schon einen erheblichen Zuwachs von Hilfsarbeitern zu verzeichnen. Müller wendet sich scharf gegen die Zentralleitung und führt an, daß wir durch dieses lange Hin- und Herbögern in der Mitgliederzunahme gehindert wurden. Kollege Müller tadelt auch, daß der Verbandstag zu spät einberufen wird; er fällt in eine Zeit, wo erfolgreiche Agitation getrieben werden könnte. Eingehend kritisiert er die Verteilung der besoldeten Kräfte. Besoldete Gauleiter werden dort hin geschickt, wo es nicht so notwendig ist, als wie in Schlesien. Hier kann leider die Agitation nicht als Haupt-, sondern nur als Nebenarbeit ausgeführt werden. Ein anderer Kollege, welcher die Vertretung des Gauleiters übernimmt und sonst als Arbeiter tätig ist, ist immer der Gefahr ausgesetzt, gemahregelt zu werden. Er bittet die anwesenden Delegierten, für einen besoldeten Gauleiter einzutreten; wenn es in andern Gauen bei 900 bis 1500 Mitgliedern gemacht wird, dann wird es in Schlesien zur Notwendigkeit gemacht werden müssen. Redner geht auch eingehend auf den Entwurf der Zentrale ein, über die Einführung der Erwerbslosenunterstützung, und meint, die Vorlage entspräche nicht den Wünschen des letzten Verbandstags. Auch handelte die Redaktion nicht ganz korrekt, wenn sie gleich im ersten Leitartikel gegen die Einführung einer derartigen Unterstützung loszieht und dieselbe völlig totredet. Zum Schluß ersucht Redner, dafür Sorge zu tragen, daß die Kollegen so stark wie möglich dem Alkoholgenuss entsagen möchten. (Lebhafte Beifall.)

Aus drei Zahlstellen liegen Anträge auf Anstellung eines besoldeten Gauleiters vor. Kollege Feser-Breslau wendet sich gegen jede weitere Anstellung, da sonst der ganze Verwaltungsapparat zu kostspielig wird, da jetzt

Das neuerstandene San Francisco.

Von Max Schippel.

Die vielgerühmte Wunderstadt am Goldenen Tor, vor dreieinhalb Jahren in ihren bereinsten Vierteln nichts wie ein rauchender Trümmerhaufen, will anläßlich der Eröffnungsfest der Panamakanals die ganze Welt zu einer Neuausstellung zusammenrufen. Eine erste beschließende Versammlung tagte vor reichlich einer Woche unter acht jugendlichen Kundgebungen des Enthusiasmus. Das ernannte Komitee begann sofort seine Tätigkeit, vor allem eine erstaunlich rege und vielseitige Agitation in den Zeitungen. Die privaten Zeichnungen für den grundlegenden Fonds weisen bereits recht erhebliche Beträge auf; die Stadtverwaltung selber, der Staat Kalifornien, endlich die Union (nach unserem Sprachgebrauch: das Reich) sollen rasch mit weiteren Millionenbeiträgen folgen.

Alles das kennzeichnet das grenzenlos wagemutige amerikanische Selbstvertrauen. Und es ist kaum ein Zweifel zulässig: wenn hier an der pazifischen Küste nicht ein neues Erdbeben wieder alles durcheinanderschüttelt und über den Haufen wirft, dann wird San Francisco, das noch immer wunderreiche und in der Gesehung begriffene, die internationale Gästefest in ein paar Jahren schöner und vollendeter als jemals früher empfangen.

Flaffende, schreiende Läden starren einem freilich bei einem Rundgang durch die Halbmillionenstadt heute überall noch entgegen. Doch, was ist in wenig mehr wie drei Jahren alles geschaffen worden und welche Umwandlungen hat man weiter schon sichtbar und energisch in Angriff genommen.

Auf den ersten Blick gewahrt man die Läden überhaupt nicht, sondern nur die überraschenden Leistungen der furchtlosen, über alle kapitalistischen Hilfsquellen gebietenden Unternehmungskraft. Das Dampfboot landet den Reisenden am Ferringebäude, wo zugleich von der Landseite die breite langgestreckte Verkehrsflughader, die Market Street, einmündet. Die erste Fußwanderung, die erste Hotelomnibus- oder Straßenbahnfahrt bewegt sich gewöhnlich diese glänzend weltstädtische Marktstraße entlang. Auf den Bürgersteigen drängen sich die geschäftigen Menschenmassen vorwärts; den Fahrweg zu überschreiten, ist in gewissen Tagesstunden unbedingt lebensgefähr-

lich. Ein Himmelskrieger folgt dem andern, rechter wie linker Hand; bald ist es eine Bank, bald eine Lebensversicherungs- oder Eisenbahn- oder Dampftrifflahrtsgesellschaft, bald ein Kaufhaus, bald ein Monsterhotel, was sich hier zur Schau stellt. Erklärlicherweise ist hier alles in raffiniert modernster Gestalt wieder außerstanden, während sich sonst in jedes Stadtbild, selbst Amerikas, aber noch mehr Europas, unauslöschbare Züge der hilflosen, rückständigeren Vergangenheit einzumischen pflegen. Abends schimmert, nach amerikanischer Gewohnheit, alles in einer Flut von elektrischem Licht, wie wir sie höchstens bei außergewöhnlichen Illuminationen, bei öffentlichen Festlichkeiten ganz besonderer Art kennen lernen; selbst nach Ladenschluß bleiben die endlosen Schaufensterstudien voll erleuchtet. Alles Zusammengebrochene scheint wieder aufgerichtet, nur großartig und ein-drucksvoller als zuvor. Eine Denkschrift, die vor ein paar Monaten erschien, spricht von 150 Hotels in der „neuen“ Stadt; diese sollen 18 000 Einzelzimmer und größere Wohnungen umschließen: das St. Franziskohotel allein 700, das Palasthotel 688, das wie ein grandioses Königsschloß auf dem Hügel über der Bai thronende Fairmonthotel 511 Zimmer. Die aufgeführten 150 Hotels können nach derselben Denkschrift bequem 35 000 Gäste beherbergen und bewirten. In dem gleichen Stadtrajan, dessen Bewohner selber im Spätfrühling 1906 auf dem grünen Rajen und der nackten Erde der öffentlichen Anlagen und Plätze nächtigen mußten, während sie bei Tage, in langen „Brotlinien“ (bread lines) aufgestellt, ihre schmalen Nationen von den Notstandskomitees in Empfang nahmen! Kein Zugügler gelangte damals, wochenlang, in die streng abgeperrte Stadt hinein, um die Nationen nicht auf ein unerträgliches Hungerniveau herabdrücken zu lassen. Heute ruft man mit allen Vorkräften der Reklame die Gäste scharenweise aus Amerika, Europa und dem hier verhältnismäßig nahen Ostasien herbei, und man rechnet auf eine wahre Völkerflut bei der festlichen Eröffnung des Panamakanals. 28 000 Gebäude gingen 1906 in Flammen auf oder barsten auseinander und wurden vom Erdboden verschlungen. 20 500, oft unvergleichlich umfassender und geräumiger, waren innerhalb dreier Jahre neugebaut.

Bei näherem Zusehen und längerem Verweilen spürt man jedoch recht deutlich, wie viele Wunden noch nicht geschlossen und geheilt sind. Zum Teil haben gerade die erstaunlichen Kraftleistungen in der innersten Zone des Stadtlebens vorläufig die

weiter zurückliegenden Straßenzüge, die früher betriebene Geschäftskadern bildeten, verkümmern lassen. Market Street und die nächsten Parallel- und Seitenstraßen sind fast ausnahmslos sofort mit Himmelskragern und ähnlichen Kolossalhäusern für Läden, Bureaus, Banken, Kassen, Redaktionen überponnen worden. In diesen paar Zentralstraßen ist infolgebehen doppelt, drei- und mehrfach das untergebracht, was früher in den bescheideneren Gebäuden geschäftliche Unterkunft fand. Dafür ist aber das nächste Hinterland, das vor 1906 noch für Läden und Kontore mit beansprucht wurde, zunächst für die gleichen Zwecke entbehrlich gemacht; und für Wohnungsbauteil ist es, in dieser Lage und bei den überkommenen Bodenpreisen, erst recht nicht geeignet. So findet man denn, nur drei bis vier Blocks abwärts des verblühenden Cityverkehrs, nach wie vor weite tote Gassen. Verfallene, allmählich vom Unkraut grün überwucherte Grundmauern, vom raufenden Feuer verborgene, mitunter zu förmlichen Schleifen und Knoten verbogene, vom Wetter verrostete Eisenträger und Fahrstuhlgerippe, isolierte massive Steinportale und Säulensportale, reiche Treppenaufgänge, die plötzlich in der freien Luft, wie vor einem Abgrunde, enden — sie alle legen Zeugnis dafür ab, daß diese noch immer toten Straßen bereinst mit Recht einen langvollen Namen hatten.

Auch oben auf der „Kalifornia“-Hügelallee, wo die bewundernden Paläste der Nabobs sich hinzogen, liegt fast alles noch verlassen und verfallen da. Die alten Millionärsfamilien waren durch ihre Vergangenheit, durch ihr ganzes Emporkommen mit dem Lande und der Stadt am Stillen Ozean verbunden. Nachdem das frühere Band der Anhänglichkeit durch elementare Ereignisse plötzlich durchschnitten wurde, erweist ihnen das Leben in Paris, an der Riviera, in Ägypten oder in New York und Washington schmachthafter. Ein großer Teil wird kaum jemals nach dem immerhin „wilbernen“ Westen zu dauerndem Aufenthalt zurückkehren.

Schließlich darf man nicht vergessen, daß weite Bevölkerungskreise während der Zwischenjahre neue Wohnheime und sogar neue Geschäftszentren in den entweder vom Erdboden und Feuer verschonten oder rasch neu emporgewachsenen Außenbezirken San Franciscos suchten und fanden. Monatslang hatte man in den inneren Vierteln nur niederzureißen, den Schutt aufzuräumen und die Straßen freizulegen. Unterdes mußten jenseits der Feuerzone massenhaft neue Unterkunftsräume für:

chon für 17 000 Mitglieder 17 besoldete Kräfte vorhanden sind.

Walter Leipzig wendet sich ebenfalls gegen eventuelle Beschlüsse, weitere Anstellungen vorzunehmen. Für Agitation werden von unserm Verband jährlich 30 000 bis 35 000 Mk. ausgegeben. Die Erfolge, die wir bis jetzt erzielt haben, müßten wohl die Kollegen zu der Überzeugung bringen, von weiteren Anstellungen vorläufig Abstand zu nehmen. Wir sind mit den Besoldeten ebenförmig in neue Gebiete eingedrungen (von kleinen Ausnahmen abgesehen), wie mit den unbesoldeten Gauleitern. Selbst Kollege Daubenthaler war in einem Schreiben an den Zentralvorstand der Meinung, daß es im schlesischen Gau an Agitatoren nicht mangelt, sondern daß hier bloß durch die Kleinarbeit, wie Hausagitation usw. nachgeholfen werden muß. Mit der Erwerbslosenunterstützungsvorlage sei der Zentralvorstand lediglich dem Beschluß des Kasseler Verbandstags nachgekommen. Hätte die Redaktion des „Steinarbeiter“ nicht gleich Stellung dazu genommen, so wären jedenfalls auch wieder Kollegen vorhanden gewesen, welche eine Stellungnahme gerade von dieser Seite vermifcht hätten. — Zur Einführung einer niedrigen Beitragsklasse wird der Zentralvorstand wahrscheinlich eine Beitragsstaffelung von 30, 40, 50 und 60 Pfg. in Vorschlag bringen. Daß der Verbandstag im Mai stattfindet, hat Müller in Kassel selbst mit beschlossen.

Barta-Strehlen ist ebenfalls mit einer Neuanstellung nicht einverstanden. Ebenso meint ein Delegierter von Striegau selbst, daß eine Anstellung nicht nötig sei. Er wünscht aber, daß der Rechtschutz dafür mehr ausgebaut wird. — Kollege Alt-Zannowitz verbreitet sich über die Aufgaben der Lokalverwaltungen. Bei allen Angelegenheiten müsse mit besonderer Sorgfalt vorgegangen werden, denn nur dadurch ist es möglich, Vorteile für den Verband herbeizuführen.

Der Antrag auf Versetzung eines besoldeten Gauleiters nach Schlesien wurde abgelehnt, doch mit 17 Stimmen beschlossen, einen besoldeten zu fordern. Ein Antrag Barta wurde einstimmig angenommen, welcher besagt: „Zur Information über das Funktionieren der Zahlstellen soll dem Gauleiter am Quartalschluß aus jeder Zahlstelle ein Abrechnungsformular zugesandt werden, welches in verkleinerter Form von der Zentralführung hergestellt werden soll. Mit dem „Steinarbeiter“ sind die Kollegen zufrieden. — Das Befürworten eines achtseitigen Erscheins wurde nach Widerlegung des Kollegen Walthers einstimmig abgelehnt. Ueber die Unterstützungseinrichtungen konnte wegen vorgerückter Zeit nicht verhandelt werden. Die nächste Gaukonferenz findet in Ströbel statt. Kollege Daubenthaler schloß, nachdem er zur Einigkeit ermahnt hatte und jeden Delegierten zur Agitation aufforderte, die Gaukonferenz abends 7 Uhr. J. Barta.

Zum nächsten Verbandstag.

Viele Artikel wurden schon zu der Erwerbslosenunterstützungsangelegenheit geschrieben, aber leider hat man bis jetzt wahrnehmen können, daß die meisten Verfasser derselben in den Großstädten wohnen und für die Einführung derselben plädieren. Außerordentlich würde es mich freuen, die Meinung der ländlichen Kollegen einmal hören zu können. Mit diesen haben wir auch zu rechnen. Nun ist uns in Nr. 4 des Nachorgans die Vorlage bekannt gegeben worden, und wir ersehen, daß wir ohne den hohen Beitrag nicht auskommen. Die Frage ist nun, ob mit der Einführung der hohen Beiträge uns gedient ist. Einestheils muß man sagen, daß jede Unterstützung ein agitatorisches Mittel ist; anders steht es aber hier mit der Gegenleistung. Es muß gerade herausgesagt werden, mit hohen Beiträgen können wir unmöglich auf dem Lande, sowie in den Bruchdistrikten eine erfolgreiche Agitation entfalten. Mancher Gauleiter dürfte sich erörtern, wenn diese hohen Beitragsätze eingeführt werden sollen. Es nimmt sich eigentümlich aus, daß von den Unterstützungsfreunden gerade diese Seite nicht berührt wurde. Auch Arnold hat darüber kein Wort verloren. Und gerade das ist der Kern der ganzen Debatte: Ausdehnung des Verbands. Was schließlich in Berlin und einigen andern Großstädten möglich sein soll, ist deshalb noch lange nicht anderweitig durchführbar.

Ein besseres Mittel, welches für uns von großer Bedeutung ist, ist die Hilfsarbeiterfrage. Würde es demgemäß gemacht, daß zwei niedrigere Beitragsklassen geschaffen würden, so können wir uns eher Erfolg versprechen davon. Unser ganzes Verbandswesen würde sich mehr rentabler gestalten als wie es bisher der Fall war. Die Hilfsarbeiter brauchen wir sehr notwendig; darüber sind wir des öfteren auch im Fachblatt informiert worden. Auch die täglichen Erfahrungen drängen uns schon dazu. Es liegt nun im Interesse der Kollegen selbst, ob

Familien und Geschäfte empor. Ganze Stadtteile, wie Richmond, verdanken diesem großen Umzug ihr Entstehen. Alte Wohnstraßen, wie Van Ness Avenue und Fillmore Street, wandelten sich zu jungen vollkommenen Geschäftsstraßen um, da vor zwei oder drei Jahren an große Cityläden doch nicht zu denken war. Vieles davon ist natürlich nunmehr downtown (nach der innersten „Stadt“) zurückgefallen, und Van Ness Avenue steht deshalb, wie nach einer schweren Wirtschaftskrise, augenblicklich kläglich bankrott aus. Andererseits haben sich viele Geschäfte in der späteren neuen Umgebung fest eingewurzelt; sie verzichten auf die Rückkehr nach den alten Standorten, und daraus erklärt sich gleichfalls manche Lücke im Stadttinnern. Auch Fabriken und Werkstätten konnten nicht drei Jahre lang warten; sie fanden oder schufen sich neue Räume und Anlagen in entfernteren Außenbezirken und haben nicht selten gar keinen Anlaß, die alte Wirkungsstätte wieder zu bevorzugen. Besonders nach den ständigen Werften hinüber bemerkt man den Einfluß dieses industriellen Fortzugs ganz greifbar, erst das zukünftige allgemeine Wachstum San Franziscos wird hier ausreichenden Ersatz gewähren. Noch mehr gilt ähnliches von vielen Familien, die einst mehr nach dem Stadttinneren zu wohnten. Bei den ausgezeichneten Straßenbahnverbindungen und den landwirtschaftlichen Reizen gerade der Außenbezirke San Franziscos haben diese Kreise gleichfalls das Bedürfnis nach einer Rückkehr in die alten Wohnbezirke verloren. Selbst fremde Gemeinden, wie drüben über der Bai Oakland, das seinen eigentlichen Aufschwung erst vom Erdbeben an datiert, haben dauernd Unternehmungen und Privatpersonen an sich gezogen. Tausende von Männern und Frauen, die in San Franzisko tagtäglich beruflich tätig sind, wohnen nunmehr jenseits der Bai, kommen morgens mit dem Dampfboot herüber und fahren nachmittags mit der Ferry zurück. Aus allen diesen Gründen bietet die City noch immer den eigentümlich befremdenden Gegenatz: staunenswerter Fortschritt und Verjüngungsprozess in bestimmten Zentralftraßen, und gleich dahinter noch breite Striche der Kirchhofstraße, des Stillstands und sogar des fortschreitenden Verfalls.

Doch das Wachstum der Bevölkerung, der Industrie und des Handels wird hier ganz von selber die Heilung bringen und die letzten Schönheitsfehler beseitigen. Und noch eins, um das Bild des Aufschwungs zu vollenden! Keine Klasse hat sich in den letzten Jahren so machtvoll

die Schaffung einer Erwerbslosenunterstützung für uns dienlich ist oder nicht. Wollen wir aber unsern Verband eine ansehnliche Zahl Mitglieder zuführen, so dürfte die Frage für den kommenden Verbandstag schon jetzt gelöst sein. Bei Annahme dieser Unterstützung, was wir aber nicht hoffen, dürfte sich die Zahl unser bisheriger Mitglieder noch um einige tausend erniedrigen; ebenfalls würden sich einige besoldete Gauleiter als zu viel erweisen. Es wäre deshalb sehr empfehlenswert, die Erwerbslosenunterstützung im allgemeinen Interesse einmütig abzulehnen. Nehmen wir uns der Hilfsarbeiterfrage an, sie ist notwendiger wie alles andre. Wären wir diesem Verlangen schon früher nachgekommen, dann hätten wir wenigstens ganze Arbeit gemacht. Haben wir dann unsere Mitgliederzahl verdoppelt, dann könnte man die bestehenden Unterstützungseinrichtungen verbessern. — Ueber die Erwerbslosenunterstützung aber wird in Eisenach wohl kaum mehr viel zu reden sein. Ich glaube nicht daran, daß bei uns diese Unterstützung jemals eingeführt werden kann.

Düsseldorf. Franz Tenbusch.

Bergegenwärtigt man sich die lebhaften Debatten vor dem letzten Verbandstage im „Steinarbeiter“ betreffs der Arbeits- oder Erwerbslosenunterstützung, so berührt es einem fast eigentümlich, daß gerade die damaligen Befürworter jetzt nichts mehr von sich hören lassen. Nach Herausgabe der Vorstandsvorlage scheint ihnen gänzlich der Mut entschwunden zu sein. Stand ich seinerzeit selbst auf dem Standpunkt, die Arbeitslosen- (nicht die Erwerbslosen-) Unterstützung für durchführbar zu halten, so muß ich selbst große Enttäuschung infolge der Vorstandsvorlage zugeben. Ich bin aber auch weiter der Auffassung, daß unsere Unterstützungseinrichtungen nur zu oft von manchen Kollegen in gerade nicht schöner Weise mißbraucht werden. Viele Kollegen suchen ihr Heil in der Krankenunterstützung, was wohl in den meisten Fällen geglückt sein mag. Eine Erwerbs- bzw. Arbeitslosenunterstützung ist schon aus diesem Grunde nicht zu empfehlen, weil zu minimale Unterstützungssätze in Frage kommen. Wir hoffen und wünschen, daß der nächste Verbandstag dem Beispiele der Maurer und Bauhilfsarbeiter folgt und Beitragsklassen nach der Höhe des Arbeitsverdienstes einführt, um uns die Möglichkeit zu geben, den Hilfsarbeitern und weiblichen Gefährten den Eintritt in unsern Verband zu erleichtern. Selbstredend muß dann vor allen Dingen der eigenartige Dünkel einiger Kollegen verschwinden: „Ich bin Steinmetz und ihr seid nichts“; denn das fördert niemals die Organisation; heute sind wir alle nichts andres als unterdrückte Lohnslaven. Doch um das Unterstützungswesen nicht gänzlich außer acht zu lassen, habe ich nicht die Auffassung, daß Neuaufzunehmende niemals fragen: „Was leistet der Verband?“, sondern nur: „Wie hoch sind die Beiträge?“ Soweit ich Erfahrungen in der organisatorischen praktischen Arbeit gesammelt habe, verhält sich diese Meinung gerade umgekehrt, und das meines Erachtens auch mit Recht. Ich stelle mich dieserhalb auf den Standpunkt des Kollegen Moosmüller, vor allem eine umfangreiche Erweiterung der Krankenunterstützung und bei der Maßregelungsunterstützung eine gründliche Operation vorzunehmen. Fast alle Kollegen, und nicht minder der Zentralvorstand selbst, werden in der neueren Zeit die Erfahrung gemacht haben, daß heute das Unternehmertum bei Entlassungen den wahren Grund verschweigt. Die Herren sind schlauer geworden. Der Kollege selbst kann natürlich laut Staint keinen Anspruch auf Unterstützung erheben, und er wird infolgedessen stets der Lacherte sein. Die bürokratische Handhabung dieses Unterstützungszweiges muß als verwerflich bezeichnet werden.

Dortmund.

Kleinauf.

Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung dürfte durch die Vorlage des Zentralvorstandes so gut wie erledigt sein. Es ist jetzt vollständig ausgeschlossen, auf dieser Grundlage die Erwerbslosenunterstützung, so notwendig sie auch sei, durchzuführen, wenn wir nicht das gesamte Verbandsleben in der Steinindustrie unterbinden wollen. Dagegen muß es die Aufgabe des nächsten Verbandstages sein, an dem inneren Ausbau, der Befestigung des Verbandes zu arbeiten, neue Mitgliederkreise heranzuziehen, um die Organisation so schlagfertig wie nur möglich zu gestalten. In dieser Beziehung dürfte die Diskussion, die im „Steinarbeiter“ in den letzten Monaten geführt worden ist, sehr befruchtend gewirkt haben. Es handelt sich um die Heranziehung der Hilfsarbeiter. Wohl kein vernünftiger Mensch wird sich der Notwendigkeit der Stärkung unseres Verbandes verschließen können. Die Debatte drehte sich speziell auch nur darum, ob die Hilfsarbeiter in der Lage sind, den Mindestbeitrag von 45 Pfg. bezahlen zu können, und es wurde der Standpunkt vertreten, daß es notwendig sei, eine weitere niedrigere Beitragsklasse von vielleicht 30 Pfg. einzuführen, um auch diesen Kreisen den Anschluß zu ermöglichen. Die Kollegen, die auf diese Weise gewonnen werden sollen, werden in erster Linie prüfen, welche Gegenleistungen den Leistungen gegenüberstehen, und wenn sie dann ein Exemplar aufnehmen, werden sie sehen, daß sie zu kurz kommen. Unsere Organisation ist vor allen Dingen eine Kampforganisation; die Kollegen schließen sich an, um durch die Organisation bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Der Streit ist eine notwendige Waffe, und sie werden vor allen Dingen fragen, wie hoch ist die Streitunterstützung? Nun zahlen wir bei einem Wochenbeitrag von

gehoben, wie infolge ihrer ausgezeichneten gewerkschaftlichen Organisation die Arbeiter San Franziscos. Sie waren lebensfröhlicher denn je; in ihren Wohnen und in ihrer ganzen Lebenshaltung ist das entsprechend zum Ausdruck gelangt. Als Krönung aller Teilerfolge darf man die letzten Gemeindewahlen vom November ansehen. Das „Ticket“ (die Kandidatenliste) der Union siegte auf der ganzen Linie. Der neue Bürgermeister ist der langjährige Führer der Bau-gewerkschaften. Die neuen Stadträte sind vorwiegend erfahrene Gewerkschaftsbeamte.

Gerade nach dem Ausstellungsbeschluß findet diese Arbeiter-Stadtverwaltung die denkbar größten Aufgaben vor. Hoffentlich erfüllt ihre (zweijährige) Tätigkeit die Erwartungen, die weit über die eigentlichen Arbeiterkreise hinaus von den Wählern San Franziscos in sie gesetzt wurden.

Worte Bebel's.

(Aus: „Die Frau und der Sozialismus“.)

Die neue Gesellschaft.

Eine neue Gesellschaftsordnung ist ohne die Menschen, welche sie wollen und befähigt sind, sie am Leben zu erhalten und zur Fortentwicklung zu bringen, unmöglich. Wenn irgendwo von Anpassung die Rede sein kann, so hier. Die günstigeren Umstände, die jede neue Gesellschaftsordnung gegenüber der früheren enthält, übertragen sich auch auf die einzelnen Menschen und veredeln sie stetig.

Es mußte erst das eigentliche Wesen der Gesellschaft und die Gesetze, die ihrer Entwicklung zugrunde liegen, erkannt werden, ehe eine Bewegung für die Befreiung der für ungerecht erkannten Zustände mit Aussicht auf Erfolg Platz greifen konnte. Der Umfang und die Tiefe einer solchen Bewegung hängen aber ab von dem Maße von Einsicht, das in den benachteiligten Schichten verbreitet ist, und von dem Maße von Bewegungsfreiheit, das sie besitzen.

Wir leben bereits mitten in der sozialen Revolution, aber die meisten merken es nicht.

55 Pfg. eine Streitunterstützung von 12 Mk., bei 45 Pfg. Beitrag eine solche von 9 Mk. Nach vorstehenden Sätzen würde die Streitunterstützung bei einem Beitrag von 35 Pfg. im günstigsten Falle 7.50 Mk. betragen. Diese Leistung ist zu niedrig, und es ist notwendig, die Frage noch von einer andern Seite aus zu betrachten.

Auf dem letzten Verbandstag in Kassel standen einige Anträge zur Beratung, die eine andere Regelung der Beitragszahlung erstrebten, dahingehend, daß jährlich nur eine bestimmte Anzahl von Beiträgen entrichtet werden soll, ähnlich wie es bei den Maurern und Bauhilfsarbeitern schon seit einer Reihe von Jahren, so viel ich weiß, zur vollen Zufriedenheit der Mitglieder der Fall ist. Allerdings wurden in Kassel die Anträge abgelehnt, wie nicht anders zu erwarten war, weniger vielleicht weil für die Anträge nicht die nötige Sympathie auf dem Verbandstag vorhanden war, als vielmehr, weil die Frage nicht genügend geklärt war. Derartige Anträge werden zweifellos zum nächsten Verbandstag wieder gestellt werden, und es wird notwendig sein, sie bei Beratung des Punktes Organisation mit zu berücksichtigen. Zur Begründung des ablehnenden Standpunktes auf dem Verbandstag wurde angeführt, daß die Arbeitsverhältnisse der Maurer und Bauhilfsarbeiter anders geartet seien, wie in der Steinindustrie. So zahlen z. B. die Maurer im Sommer überhaupt keine Reiseunterstützung, während Krankenunterstützung nur in der Zeit vom März bis inklusive November geleistet wird. (Ab 1. Januar 1911 wird im neugegründeten Bauarbeiterverband ebenfalls im Winter Krankenunterstützung bezahlt. D. Red.) Es würde jedenfalls kaum möglich sein, die Statuten, wie sie im Maurerverband maßgebend sind, bei uns einzuführen. Aber ob in bezug der Reiseunterstützung nicht eine Änderung eintreten könnte, und schließlich eintreten muß, mag dahingestellt sein. In bezug der Krankenunterstützung könnte leicht ein Ausweg gefunden werden, dahingehend, daß eben die Beiträge für die Krankenkasse das ganze Jahr hindurch bezahlt werden. Damit sind aber auch alle Unterschiede zwischen den Statuten des Maurer- und Stein-arbeiterverbandes erschöpft.

Von seiten des Referenten, Kollegen Walthers, wurde auf dem letzten Verbandstag lebhafteste Lage über den Mißbrauch der Erwerbslosenmarken geführt. Die Kollegen zahlen öfters, wenn sie vielleicht mit verkürzter Arbeitszeit zu rechnen haben, oder wenn mehrere Feiertage zusammenkommen, statt des vollen Beitrages nur Erwerbslosenmarken. Das ist natürlich nicht richtig. Man braucht aber nur einmal die Einkommensverhältnisse, z. B. der Steinarbeiter des Fichtelgebirges, zu studieren, um das zu verstehen. Diese Verhältnisse, die unzweifelhaft bestehen, könnten mit einem Schlage ausgemerzt werden, wenn eben die Beitragszahlung so geregelt würde, daß nur eine bestimmte Anzahl von Beiträgen zu zahlen wäre. Eine Einbuße in den Einnahmen würde die Zentralkasse kaum erleiden, denn nach den verschiedenen Jahresabrechnungen wurden im Durchschnitt pro Mitglied und Jahr bezahlt 1903: 36%, 1904: 42, 1905, 1906 und 1907 je 40 und 1908 zirka 41 Beitragsmarken. Nach unserm Vorschlag braucht dann nicht mehr die Befürchtung gehegt zu werden, daß Schwindeln mit den Erwerbslosenmarken getrieben werden. Es wäre leicht möglich, mit dieser Beitragsregelung eine Erhöhung des Beitrages vielleicht von 5 Pfg. pro Woche zu verbinden. Andererseits hätten wir ein Agitationsmittel in der Hand, wie wir es uns nicht besser wünschen können. R.

Literarisches.

Jahrbuch der österreichischen Bauindustrie und Industrie der Steine und Erden, Glas und Porzellan. Herausgegeben von Rudolf Hanel. Jahrgang 1910. Der Kompagnieverlag in Wien I, gibt ein großes Adreßbuch für die gesamte österreichische Industrie, den Großhandel und den Export heraus; die so gewonnenen zuverlässigen Angaben werden nun von diesem Verlag vergrößert, um kleinere Adreßbücher für die einzelnen Industriezweige herauszugeben. Die Steinindustrie ist in dem Buche genügend berücksichtigt worden. Der Anschaffungspreis beträgt 5 Kronen.

Symphonarbeit oder positive Erfolge. Beiträge zur Vertiefung der Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften. Verlag der Generalkommission. Die Broschüre ist sehr lesenswert. Jeder Zahlstelle sind durch den Zentralvorstand zwei Exemplare überwiesen. Wir bedauern nur, daß die Redaktion des „Korrespondenzblattes“ bei der Bearbeitung des Stoffes, die gut gepflegte Statistik des Steinarbeiterverbandes völlig unbeachtet ließ. Gerade in bezug auf die Verkürzung der Arbeitszeit haben wir für die Sandsteinarbeiterbewegung wesentliche Erfolge aufzuweisen.

Biblische Geschichten. Von den unter diesem Titel aus der Feder des Genossen Max Maurerbrecher erscheinenden religionsgeschichtlichen Abhandlungen ist nunmehr Heft 4 zur Ausgabe gelangt.

Jedes Heft kostet 1 Mk., Volksausgabe 40 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen. Ausführliche Prospektive verfenet der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, kostenlos.

Kollegen, Agitiert für Eure Organisation!

Borurteilslosigkeit ist das erste Erfordernis für die Erkenntnis der Wahrheit, und rücksichtsloses Aussprechen dessen, was ist und werden muß, führt allein zum Ziel.

Die Bildung schädlicher Organismen absolut in der Natur zu verhüten, wird dem Menschen nie möglich sein, aber seine eigene, durch ihn selbst geschaffene Gesellschaftsorganisation so zu verbessern, daß sie günstige Existenzbedingungen für alle schafft, gleiche Entwicklungsfreiheit jedem einzelnen gibt, damit er nicht mehr nötig hat, seinen Hunger oder seinen Eigentumstrieb oder seinen Ehrgeiz auf Kosten anderer zu befriedigen, das ist möglich. Man studiere die Ursachen der Verbrechen und beseitige sie, und man wird die Verbrechen beseitigen.

Die Gesellschaft kann ohne Arbeit nicht existieren. Sie hat also das Recht, zu fordern, daß jeder, der seine Bedürfnisse befriedigen will, auch nach Maßgabe seiner körperlichen und geistigen Fähigkeiten an der Herstellung der Gegenstände zur Befriedigung der Bedürfnisse aller tätig ist.

Der Kampf um den Fortschritt.

Für den Kampf um den Fortschritt kann keine Kraft, und sei sie noch so schwach, entbehrt werden. Das ununterbrochene Fallen der Tropfen höhlt schließlich den härtesten Stein aus. Und aus vielen Tropfen entsteht der Bach, aus Bächen der Fluß, aus einer Anzahl Flüssen der Strom. Schließlich ist kein Hindernis stark genug, ihn in seinem majestätischen Lauf zu hemmen. Genau so geht's im Kulturleben der Menschheit. Handeln alle, die sich berufen fühlen, mit ganzer Kraft in diesem Kampfe, so kann der endliche Sieg nicht fehlen.

Der Fortschritt der Menschheit besteht darin, alles zu beseitigen, was einen Menschen von dem andern, eine Klasse von der andern, ein Geschlecht von dem andern in Abhängigkeit und Unfreiheit erhält. Es hat keine andre Ungleichheit Berechtigung als jene, welche die Natur in der Verschiedenheit des Wesens der einzelnen und zur Erreichung des Naturzwecks schuf. Die Naturschranken wird aber kein Geschlecht überschreiten, weil es damit seinen Naturzweck vernichtet.